

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.20 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage *Die Neue Welt* 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen wir Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Rubrik, gelte über deren Raum 60 Pfg., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Aufsätze 70 Pfg. Kleine Inserate, das fertige Blatt 20 Pfg. (ausdrückl. 2 farbige Zeilen), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Hetze gegen das Koalitionsrecht — ein politischer Betrug.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Wer die Vorgänge noch im Gedächtnis hat, die vor nunmehr bald 40 Jahren zur Verhängung des Sozialistengesetzes geführt haben, und sie mit der gegenwärtigen Hetze gegen das Koalitionsrecht vergleicht, wer insbesondere die infame Hetze gegen das Streikrecht der Arbeiter mit der damaligen Attentats- Hetze nebeneinander hält, der wird sehr leicht zu der Ansicht gelangen, daß die politischen Verhältnisse heute mit den damaligen manche Ähnlichkeit aufweisen.

Es ist bekannt, daß Bismarck damals den Attentatschwindel und die ihm folgende Verhängung des Sozialistengesetzes zu dem Zwecke inszenierte, eine neue Orientierung der Handelspolitik des Deutschen Reiches, die Hochschulgeldlära, unter der wir heute noch leben und leiden, anzubahnen. Dazu mußte er das Bürgertum, vor allem die Mittelparteien, einschüchtern. Er tat das, indem er sie in Angst und Schrecken versetzte vor der anstürmenden Sozialdemokratie, und sie so seinen politischen Zwecken gefügig machte. Der Schwindel gelang glänzend.

Um etwas Ähnliches handelt es sich auch heute. Zwar haben die heutigen „Staatsmänner“, die die Schicksale des Deutschen Reiches und Volkes lenken, nicht nötig, sich den Kopf über eine neue Handelspolitik zu zerbrechen. Deren Rücksicht, die zugleich die eigentlichen Herren im Staate sind, wollen gar keine andere Politik — aber obgleich das Schutzollsystem heute einen Umfang und eine Höhe erreicht hat, die sich ihr Vater nie hat träumen lassen, so genügt das doch den Kreisen, die heute das deutsche Volk durch die Zollgesetzgebung ausbeuten, noch lange nicht: Sie verlangen den „Lückenlosen Zolltarif“!

In den Freudenberber ihrer Erwartungen haben nun die letzten Reichstagswahlen eine erhebliche Menge Wermutstropfen geschüttelt. Die Konservativen können mit den Liberalen allein keine Majorität mehr bilden. Sie brauchen die Nationalliberalen. Und die Vorgänge nach den Wahlen haben ja auch gezeigt, daß die Reaktionen aller Schattierungen einschließlich der Regierung nichts so sehr fürchten, als die Selbstständigkeit dieser Partei. Es ist ja noch in keiner Erinnerung, wie die Nationalliberalen abgefanzelt worden sind, weil sie in einem schwachen Augenblick bei der Präsidentenwahl so etwas wie liberale Anwendungen gezeigt haben. Und wie wurden und werden noch jetzt die Freisinnigen wegen des Wahlabkommens mit unserer Partei behandelt. Weil sie schließlich aus politischem Selbsterhaltungstrieb offen das gemacht haben, was ihre Ankläger so oft hinter verschlossenen Türen getan und noch öfter haben tun wollen, werden sie als der Ausbund aller politischen Schlechtigkeit hingestellt. Und die Schwarzblauen wissen natürlich warum.

Betrachtet man die ganze politische Situation unter diesem Gesichtswinkel, dann muß der politische Schwindel, der dahinter steckt, offen in die Augen springen. Gewiß ist allen Reaktionen einschließlich der Regierung das Koalitionsrecht der Arbeiter ein Greuel. Aber dieses Koalitionsrecht ist doch nur der Köder, mit dem die dummen bürgerlichen Klaxpen gefangen werden sollen — auf den sie allerdings recht lustig angebissen haben! Zuerst natürlich die Nationalliberalen, denen es wirklich darum zu tun war, ihre liberale Frenn vergeffen zu machen. Bald folgte der Hansabund. Und unter den Fortschrittler gibt es unsichere Kantontisten genug, die mit dem Köder sehr verdächtig liebäugeln. Es werden auch sicher noch mehr anbeissen, wenn es nicht gelingt, ihnen noch rechtzeitig den Blick dafür zu schärfen, wofür sie wieder einmal eingefangen werden sollen; wenn ihnen der politische Betrug, zu dem sich herzugeben sie im Begriff sind, nicht zum Verständnis gebracht wird.

Die Reaktion will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zu nächst soll das Koalitionsrecht der Arbeiter beseitigt und dann — und das ist für die Reaktion das bei weitem wichtigere — soll damit zugleich auf Jahre und Jahrzehnte hinaus jede Möglichkeit eines fallweisen Zusammengehens der Liberalen mit den Sozialdemokraten unterbunden werden, indem man jede fernere Verständigung bei Wahlen ein für alle mal unmöglich macht! In der Tat — eine feine Spekulation! Freilich auch eine infernalisch niederträchtige Spekulation! Gelingt dieser feine eingeschaltete Plan, dann ist es allerdings auf lange Zeit hinaus ausgeschlossen, daß sich die bürgerliche Linke — abgesehen von einem hoffnungslosen Häuflein bürgerlicher Demokraten — und die Sozialdemokratie zu einer politischen Aktion zusammenfinden. Denn wer sich dazu hergibt, der Arbeiterklasse eine ihrer politischen Lebensnotwendigkeiten zu rauben, mit dem ist ein Zusammengehen in anderen politischen Fragen natürlich zur Unmöglichkeit geworden. Man sieht, die Sammelpolitik, die der selige Riquel einst angebahnt hat, sie treibt noch immer ihre Blüten.

Vor allem ergibt sich hieraus, daß die deutsche Arbeiterklasse alle Ursache hat, in jeder Beziehung auf ihrer Hut zu sein. Vor allem hat sie ihr Augenmerk darauf zu richten, daß ihr nicht aus den eigenen Reihen unliebame Ueberwachungen bereit werden. Damals, vor dem Sozialistengesetz, waren es die Schiffe zweier Bahnhöfe, die den Stein ins

Mollen gebracht haben. Die Zeiten haben sich inzwischen geändert. Heute steht die Majestät des Streikbrechers zum mindesten so hoch wie die gewöhnlicher Majestäten. Heute haben es etwaige „Attentäter“ also wesentlich leichter wie damals, wenn sie ein paar „staatsverhaltende“ Schiffe abgeben wollen. Sie brauchen ihr wertvolles Haupt dabei nicht mehr in Gefahr zu bringen. Es genügt, wenn gelegentlich mal ein kleiner „Streiktravall“ inszeniert wird; wie das gemacht wird, haben wir ja in Roabit und anderswo erlebt. Und so gut sich königlich preussische Polizisten gefunden haben, die sich zum Verteilen sozialdemokratischer Flugblätter und sonstiger „gefährlicher“ Arbeiten förmlich drängten, die sich mit „Begeisterung“ an die Spitze sozialdemokratischer Wahlrechtsdemonstrationen gestellt haben usw., so gut kann es ja auch einmal passieren, daß in einem zufällig zusammengeernteten Hausen Streikender oder Ausgesperrter ein Schuß losgeht, der auch mal einen Arbeitswilligen trifft... Es ist durchaus nicht anzunehmen, daß die Sorte Polizei-„Gentlemen“, die sich einstmals unter dem Sozialistengesetz ihren traurigen Ruhm erworben hat, die Hring-Rahlow und Raporra o tutti quanti, in preussischen Landen so ganz und gar ausgestorben sind. Und die Polizei verfügt ja über ein ansehnliches Arsenal von Anallbüchsen alter Konstruktion, die noch immer ihrer staatsverhaltenden Verwendung harren, denen man natürlich ihre Herkunft nicht so ohne weiteres mehr ansieht. Es ist sehr stark zu fürchten, daß, wenn ein solches Ding mal in der angedeuteten Weise losgeht, das Echo dieser Schüsse im Reichstage eine Wirkung auslösen könnte, die den Reaktionen aller Schattierungen das Herz im Leibe lachen macht.

Wohl hat der jetzige Reichstag schon einmal einen Antrag auf Verbot des Streikpostens mit überwältigender Majorität abgelehnt. Aber die Tatsache, daß die Konservativen schon jetzt wieder mit einem solchen Antrage heranzitien, ist doch der beste Beweis dafür, daß die Reaktion Morgenluft wittert. Und daß die Regierung einem solchen Antrage sehr gerne nachkommen würde, das wird ja wohl keiner bezweifeln. Wer weiß denn, ob es sich hier nicht überhaupt um bestellte Arbeit handelt, sei es zunächst auch nur, um von neuem zu sehen, wie der „Wind“ jetzt weht.

Deshalb müssen die Arbeiter auf der Hut sein. Wieder sollte unsere Parteipresse, wie der „Sozialdemokrat“ zur Zeit des Sozialistengesetzes, von Zeit zu Zeit an der Spitze die Warnung bringen: Arbeiter, laßt Euch nicht provozieren! Denn der Spiegel geht um, der Euch das Koalitionsrecht, eines Eurer politischen Grundrechte rauben will.

Ob es gelingen wird, das freilich wird zum großen Teile davon abhängen, ob der politische Betrug gelingt, den man damit beabsichtigt.

## Der Entwurf des Kommunalabgabengesetzes.

Eine der ersten Vorlagen, mit denen sich der preussische Landtag in der nächsten Session zu beschäftigen haben wird, ist der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes. Soweit sich aus dem in „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Auszug ein Schluß ziehen läßt, handelt es sich auch hierbei wie bei fast allen Vorlagen der preussischen Regierung um Pläwenzl. Anstatt das Gesetz einer kritischen Prüfung zu unterziehen, die die seit seinem Inkrafttreten verfloffenen 20 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung berücksichtigt, begnügt man sich damit, an einzelnen Bestimmungen herumzudoktern und glaubt wer weiß was getan zu haben, wenn man Industrie und Handel belastet und den Agramern einige Gefälligkeiten erteilt.

Um das vorwegzunehmen, was die „Reform“ nicht bringt, sei hervorgehoben, daß von einer Steuerentlastung der Kinderheimstätte nicht die Rede ist. Nach wie vor sollen die Gemeinden verpflichtet sein, alle Einwohner mit einem Einkommen von mehr als 900 Mk. zur Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen. Die Grenze des steuerfreien Existenzminimums bleibt also bestehen. Bedenkt man, daß die preussische Regierung schon im Jahre 1883, also vor 30 Jahren, die Befreiung aller Einkommen unter 1200 M. von jeder direkten Steuer unter Hinweis auf die bedrängte Lage der Massen der untersten Massen gefordert hatte, bedenkt man, daß die Regierung schon damals ausdrücklich erklärt hatte, daß bei den gegenwärtigen Preisen des Lebensunterhaltes ein so knappes Auskommen nur unter Einschränkung wirtschaftlich notwendiger Bedürfnisse das Steuerergebnis ermäßige, so wird man sich einen Begriff von der sozialpolitischen Einfühlungslosigkeit der heutigen Regierung machen können.

Inzwischen sind die Preise für den Lebensunterhalt weiter gestiegen, der Wert des Geldes ist gesunken, aber trotzdem werden alle Staatsbürger, die auch nur einen Pfennig mehr als 900 M. im Jahre verdienen, deren Einkommen also noch nicht ausreicht, um auch nur die bescheidensten Bedürfnisse zu befriedigen, nicht nur zur Staats-, sondern auch zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen. In England beginnt die Steuerpflicht erst bei 3200 M., aber Preußen marschiert bekanntlich in der Welt voran. Wenn auch nicht auf kulturellem Gebiet, so doch auf dem der Unterdrückung und Belastung der unbedeutenden Schichten der Bevölkerung.

Aber nicht genug damit, will die Regierung auch den Zustand bereinigen, daß die Gemeinden bereits Einkommen von weniger als 900 M. Einkommen, also so geringe Einkommen, daß selbst der Staat auf ihre Besteuerung verzichtet, zur Steuer heranzuziehen berechtigt sein sollen. Einkommen von nicht mehr als 420 M. werden

heute von zahllosen kleinen Gemeinden steuerlich erfaßt, die Möglichkeit dazu bietet ihnen der § 38 des Kommunalabgabengesetzes, den zu ändern die Regierung keinen Grund einseht. Um so mehr wird es Aufgabe unserer Vertreter im Dreiklassenparlament sein, diese Unterlassungsfünde zu gäheln und aus sozialen und Gerechtigkeitsgründen mit allem Nachdruck eine ganz erhebliche Hinaufrückung der Steuergränze zu fordern, die die Gemeinden frei zu lassen verpflichtet sein müssen. Der dadurch entstehende Einnahmefall kann auf andere Weise doppelt und dreifach wettgemacht werden. Man ermögliche den Gemeinden endlich die Erhebung von Zuschlägen zur Ergänzungssteuer, und man gestatte ihnen, die Zuschläge, die heute gleichmäßig sein müssen, progressiv nach oben zu gestalten. Das wären Reformen, die einen wirklichen Fortschritt bedeuten und nicht weniger den Gemeinden als den Arbeitern und dem Mittelstande zum Vorteil gereichen würden.

Auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nimmt der Entwurf, wie das in Preußen ja eigentlich selbstverständlich ist, keine Rücksicht, und den Mittelstand sucht er durch einige Bestimmungen zu fördern, die sich in der Praxis als belanglos erweisen werden. So sollen Filialen auswärtiger Unternehmungen stärker als einheimische Gewerbetreibende zur Gewerbesteuer herangezogen werden können. Das bedeutet ein Zugeständnis an die sogenannten Mittelhandwerker, die durch Filialsteuern und dergl. die einheimischen Gewerbetriebe vor auswärtiger Konkurrenz schützen zu können glauben. Ein völliges Verkennen der Entwicklungstendenzen unserer Volkswirtschaft! Die auswärtigen Unternehmungen, die in fremden Gemeinden Filialen errichten, sind dazu imstande, einmal weil sie kapitalkräftiger sind, sodann aber, weil sie es besser verstanden haben, die technischen Fortschritte sich zu eigen zu machen als die oftmals kapitalischschwachen und technisch rückständigen Kleinbetriebe. Durch Sondersteuern diese Konkurrenz zu beseitigen, ist ein aussichtsloses Beginnen. Das sollte doch selbst die preussische Regierung endlich eingesehen haben. Oder hat sie aus dem Hasse der Warenhaussteuer und der Sonderbesteuerung der Konsumvereine noch immer nichts gelernt? Ebenso belanglos wird die Vorschrift bleiben, daß Bauausführungen eines Unternehmers in einer fremden Gemeinde, wenn sie länger als sechs Monate dauern, zur Steuer herangezogen werden können.

Zur Abhilfe der Finanznot der Gemeinden schlägt die Regierung eine Reihe von Maßnahmen vor. So sollen in Zukunft der Gemeindeeinkommensteuer nicht nur Vergewerkschaften unterworfen sein, sondern auch andere Vergabe betreibenden Vereinigungen, sofern sie die Rechte juristischer Personen haben, und ebenso Gesellschaften mit beschränkter Haftung, mit Ausnahme derjenigen, deren Einkünfte sachungsgemäß ausschließlich zu gemeinnützigen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken zu verwenden sind. Auch soll fortan der Fiskus aus den zu Anstellungszwecken angekauften Bestellungen oder aus anderen Land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken gemeindesteuerpflichtig sein. Ein Fortschritt, dessen Bedeutung man freilich nicht überschätzen darf. Allzu sehr wird der Fiskus nicht bluten.

Am heftigsten wird der Kampf voraussichtlich um die Frage der Besteuerung des Grundbesitzes entbrennen. Bisher ist es den Gemeinden völlig freigestellt, ob sie die Grundstücke nach dem Nutzungswert oder nach dem gemeinen Wert besteuern wollten. Der erste Entwurf sah eine wesentliche Beschränkung dieser Gemeindesteuerhoheit zugunsten des dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundbesitzes vor, der überall nach dem Ertragswerte besteuert werden sollte. Das war ein Entgegenkommen gegen die Agrarier und die Grundstückspekulanten. Wollte durch die scharfe Kritik des preussischen Städtetages veranlaßt, hat die Regierung diese Bestimmung etwas abgeschwächt, die Besteuerung nach dem Ertragswerte soll nur noch dann eine zwingende Vorschrift sein, wenn solche Grundstücke von ihren Eigentümern oder deren gesetzlichen Vertretern oder Ehegatten oder ehelichen Abkömmlingen selbst verwaltet werden und wenn der zuletzt für das Grundstück gezahlte Preis nicht höher ist als der Ertragswert. Das ist ein Fortschritt gegenüber dem ersten Entwurf, aber ein Rückschritt gegen den heutigen Zustand, die Regierung sucht hier den goldenen Mittelweg einzuschlagen, und die Folge wird sein, daß sie nach beiden Seiten anfällt.

Schließlich enthält der Entwurf noch eine Reihe von Bestimmungen über die Verteilung des gemeindesteuerpflichtigen Einkommens zwischen mehreren Gemeinden. Auch das ist eine heiß umstrittene Frage, deren Lösung großen Schwierigkeiten begegnet. Schwierigkeiten, die um so größer werden, je enger die wirtschaftlichen Beziehungen der Gemeinden untereinander sind und je mehr sich die Regierung den Eingemeindungsbestrebungen widersetzt.

Bei dem Widerstreit der Interessen wird es im Landtage zu langwierigen Auseinandersetzungen über die Reform kommen. Daß die Mehrheit sich bei dieser Gelegenheit auch der Interessen der Unbedeutenden annimmt, ist nicht zu erwarten. Um so mehr wird es die Pflicht unserer Genossen sein, alles daran zu setzen, um dem werktätigen Volke neue Lasten zu ersparen und neue Gefahren von ihm abzuwehren.

## Alter Essig im neuen Schlauch.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Es war weniger ein Vertrauensvotum als eine Ernennung. Mit Herrn Doumergue könnte man sich irgendwo in französischen Süden denken, an einem Kaffeestaub, wo Honoratioren politisieren. Der neue Ministerpräsident hat den lokalen Agent, den bewährten Pharisäerhaft der radikalen Biedermeierei und eine sonnige Liebenswürdigkeit. Sagt er zum zwanzigsten Male: „wir sind wahrhafte Republikaner, entschiedene Republikaner, Republikaner durch und durch“, und scheint er schon im Ozean des entfesselten cynischen Ge-

lächerlich verloren, setzt er selbst eine so harmlos lächelnde und ehrlich vergnügte Miene auf, daß er alle lauernden Leidenschaft der Opposition bezwingt. Die Marschallische des unentwegten Jakobinismus verwandelt sich in ein „Profil der Gemütslichkeit“.

Entrüstet können nur diejenigen bleiben, die sich fest darauf verlassen hatten, daß der Radikalismus die neue Gelegenheit, eine entschiedene Politik im Sinne der Demokratie und der Sozialreform zu eröffnen, beim Schopf nehmen würde und daß die Geburtsstunde des neuen Biodes da sei. Mit wohlwollender Würdigung der gegebenen Schwierigkeiten hätten die sozialistischen Freunde der Kooperation der Einkäufer die Bedingungen so billig als möglich gestellt. Mit einem ganz sanften Versprechen, einer höflichen Verbeugung vor dem „Prinzip“ der demokratischen Seeresorganisation hätte sich Herr v. G. begnügt, wenn der gute Wille wenigstens in der Abschlagszahlung einer Annuität für die Opfer der Soldatendemonstrationen und der Einstellung der politischen Verfolgungen zum Ausdruck gekommen wäre. Aber nichts von alledem. Oder vielmehr hat das neue Ministerium, statt die militärische Jugendausbildung und die bessere Ausnutzung der Reservisten zur Ablösung der dreijährigen Dienstzeit vorzuschlagen, wie dies das Programm von Van fordert, sie als Zutat, als Verstärkung des Kasernenmilitarismus präsentiert. In der Regierungserklärung heißt es ausdrücklich: „unabhängig von der Dienstzeit“. Was sein, daß manche von den Ministern es anders meinen. Aber entscheidend ist, was die Regierung sagt. Denn bisher waren Regierungserklärungen immer nur unerreichbare Maxima, niemals aber überschrittene Minima des Handelns.

Mit dieser Stellung des Ministeriums in der Militärfreige die Stellung der Sozialisten zum Ministerium entschieden. Die Zusagen in bezug auf die Steuerreform waren nichts, was unsere Genossen den Eintritt in die Neutralität unterlag hätte. Das sozialpolitische Programm ist gleich Null. Nicht einmal von der Durchführung des Mindestlohngesetzes für die Heimarbeitenden und des Rehnstundengesetzes im Senat sieht etwas darin. Die Sozialisten haben deshalb dem Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien und Klüngeln gleichmütig zugesehen und sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum einseitig enthalten.

In der Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Gruppen handelte es sich nicht um grundsätzliche, sondern um Personenfragen. Gewiß wirkte dahinter der alte Gegensatz zwischen der reaktionären, kirchlichen Bourgeoisie und den durch die republikanische, antikirchliche Ideologie verbundenen städtischen und ländlichen Klassen. Als Generalanwalt der reaktionären Politik wurde Briand von der Rechten und vom Zentrum begrüßt, aber seine Intervention entsprang einem persönlichen Bedürfnis. Das neue Ministerium hat sich gegen ihn konstituiert und ihm sogar einige seiner Gefolgsleute entführt. Der Radikalismus des Programms aber schrumpfte zur moralisierenden Proklamation eines Anti-Briandismus ein. Briand trat diesem Achtungsversuch kollektiv entgegen und nagelte die Radikalen auf ihren eigenen Prinzipienbrett fest. Er besorgte das virtuos, mit unbarmherziger Logik. Daß ein Briand über den Radikalismus Gericht halten kann, ist schon dessen Beurteilung. Geschichtlich betrachtet ist der Verrat einer Klasse ein weit schwereres Verbrechen als private Numerei. Aber auch die heuchlerische Jugendhaftigkeit, die nach Briands Stichtwort gegen den Finanzier Caillaux zu Felde gezogen ist, war ebenso todsüßlich wie perfid. Wenn der notorisch prostituierte „Hägaro“ die vaterlandslosen Pläne der nach profitlichen Auslandsreisen lüsternden Großfinanz entrüstet denunziert hat und Herr André Vézère gestern als der Sachwalter des Britanismus der Konternime auftrat, war das für die Sozialisten kein Anlaß, sich mit der sich erbrechenden bürgerlichen Jugend an einen Tisch zu setzen.

## Politische Uebersicht.

### Der Wehrbeitrag.

Anfang November hat der Bundesrat eine Verordnung über die Veranlagung des Wehrbeitrages erlassen. In einzelnen Bundesstaaten sind hierzu in der Zwischenzeit noch besondere Ausführungsvorschriften ergangen; in anderen Staaten steht der Erlass solcher Vorschriften noch aus. Die Veranlagung zum Wehrbeitrag schildert Regierungsrat Vuck in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ unter Zugrundelegung dieser Ausführungsvorschriften, besonders der preussischen, in folgender Weise:

Die Veranlagung des Wehrbeitrages und die Berücksichtigung mit den anderen Bundesstaaten erfolgt durch Aufstellung von Listen. In die Wehrbeitragsliste sind alle natürlichen subjektiv steuerpflichtigen Personen aufzunehmen, von denen zu vermuten ist, daß sie ein Vermögen von mehr als 10 000 M. oder Einkommen von mehr als 5000 M. haben. Für die Zuständigkeit der Bundesstaaten zur Veranlagung und Erhebung des Wehrbeitrages sind maßgebend die Wohnsitz- und Aufenthaltverhältnisse des Beitragspflichtigen am 31. Dezember 1913, wobei in Preußen die Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen für die Veranlagung bestimmt sind. Stellt sich heraus, daß ein Beitragspflichtiger in mehreren Bundesstaaten oder Veranlagungsbezirken Vermögen oder Einkommen besitzt, so hat die zuständige Veranlagungsbehörde die in den Bundesstaaten befindlichen Vermögenswerte zum Zwecke des Wehrbeitrages vom Vermögen zusammenzurechnen. Eine Zusammenrechnung der in den Bundesstaaten befindlichen Einkommensteuern ist im Wehrsteuergesetz nicht vorgesehen, aber durch § 42 Bundesratsverfassung den Behörden zur Pflicht gemacht.

Vermögen, die den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigen, sind steuerfrei, ebenso Einkommen unter 5000 M., wobei als Einkommen das gesamte (eventuell aus mehreren Bundesstaaten zusammengegründete) Einkommen eines Steuerpflichtigen gilt, einerlei, ob es in einem Bundesstaat laudesteuerpflichtig ist.

Als Einkommen im Sinne des Wehrbeitrages gilt dasjenige steuerpflichtige Einkommen, das für das Steuerjahr 1914 veranlagt wird. Dabei gilt als für die Bemessung des Wehrbeitrages maßgebend das niedrigste Einkommen derjenigen Steuerklasse, in der der Beitragspflichtige zur Einkommensteuer veranlagt ist. Steuerermäßigungen auf Grund besonderer Bestimmungen in den Einkommensteuergesetzen, z. B. Kinderprivileg usw., bleiben außer Betracht, der Wehrbeitrag wird also vom ungelästerten Einkommen erhoben. Besondere Bestimmungen sind getroffen, wenn Vermögen und Einkommen aus Vermögen zusammenreffen, indem hierbei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ein Betrag von 5 Proz. als wahrscheinliche Verzinsung des Vermögens abgezogen wird. Die preussische Ausführungsvorschrift gibt u. a. hierfür folgendes Beispiel:

£ hat 12 500 M. Kapitalvermögen und ist zur Einkommensteuer nach einem Einkommen von 5000 M. veranlagt. Auf den abgerundeten Betrag von 12 000 M. entfällt ein Wehrbeitrag von 18 M. Zur Ermittlung des Wehrbeitrages sind zunächst 5 Proz.

des wehrbeitragspflichtigen Vermögens = 600 M. von dem Einkommen von 5000 M. abzuziehen. Das verbleibende Einkommen von 4400 M. ist nach dem Tarif mit 1 Proz. wehrbeitragspflichtig, obgleich es nach der Kürzung 5000 M. nicht übersteigt. Der Wehrbeitrag vom Einkommen beträgt somit 44 M. Der Gesamtwehrbeitrag stellt sich auf 18 M. + 44 M. = 62 M., er ist auf drei Jahresbeiträge von je 20 M., mithin auf 60 M. abzurunden.

Bei der Veranlagung des Wehrbeitrages werden nicht die Vermögen der Angehörigen des Beitragspflichtigen zusammengezählt. Das Vermögen der Kinder wird eventuell getrennt zum Wehrbeitrag herangezogen. Als Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen ist in Preußen die Zeit vom 4.-20. Januar 1914 bestimmt. Spätestens am 15. Dezember soll die Veranlagungskommission die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärungen erlassen. Ein formelles Verfahren zur Erörterung der Vermögenserklärungen ist nach dem Gesetz nicht vorgeschrieben. Die Veranlagungskommission kann ohne Verhandlungen das Vermögen und Einkommen anders annehmen, als es der Steuerpflichtige angegeben hat. Gegen die Veranlagungs- und Festsetzungsbescheide steht die Verufung und gegen deren Entscheidung die Beschwerde an die oberen Instanzen zu.

### Ohne Religionsunterricht keinen Pfennig!

Die westfälischen Provinzialbehörden sind in letzter Zeit in dem Bestreben, dem Staatseigene über die ländlichen Fortbildungsschulen Geltung zu verschaffen, auf hartnäckigen Widerstand gestoßen. In den Ausführungsanweisungen zu diesem Gesetz heißt es, daß die Einführung von Religionsunterricht in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen nicht zulässig ist. Dem sind die Provinzialbehörden gefolgt und haben versucht, entsprechende Beschlüsse in den Gemeinden zustande zu bringen. Aber das Zentrum in Westfalen sagt: „Nein! so etwas gibt es bei uns nicht. Die religiöse Erziehung mag je einmal gesichert sein, wir wollen den Kaplan in der Schule wissen!“

Dagegen hat nun der Oberpräsident in den letzten Wochen und Monaten mit Güte anzukämpfen versucht. Ein Erfolg ist ihm, besonders nach den programmatischen Rundgebungen einiger Zentrumstagungen nicht beschieden gewesen. Die Durchführung des Gesetzes läßt insolge dessen dort, wo das Zentrum herrscht, auf sich warten. Neuerdings kommen auch die Kreisräte dem Zentrum zu Hilfe. So kann das „Westf. Volksblatt“ in Paderborn berichten, daß der Kreisrat des Paderborner Kreises „nahezu einstimmig“ folgende Entschließung angenommen hat:

„Der Kreisrat hält die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen für durchaus erforderlich. Der Kreisrat ist daher zunächst in der Lage, den Gemeinden des diesseitigen Kreises Weisungen zur Erziehung von ländlichen Fortbildungsschulen zu erteilen, so lange nicht die in kurzen zu erwartende Klarstellung bezüglich des Religionsunterrichts erfolgt ist.“

Das Volksblatt schreibt dazu: „Wir zweifeln nicht, daß der Kreisrat mit diesem Beschluß der ganz überwiegenden Mehrheit der Kreiseingewiesenen aus der Seele gesprochen hat, indem diese den Religionsunterricht gerade für die 14 bis 18-jährigen Jünglinge als das wesentliche Erziehungsmittel betrachtet, ohne welches das bloße Wissen nicht zu einer gedeihlichen Entwicklung führen kann. Ein charakteristischer Vorgang: Die oberen Provinzialbehörden stehen an des Gesetzes Erfüllung mit der Andeutung, daß sich ja doch alles schon finden werde; aber die vom Zentrum beeinflussten Gemeinden und Kreisräte sperren kurzerhand die Temporeln und pöken darauf, daß die „Arbeit in kurzem zu erwarten“ ist. Was unter dieser Maske zu verstehen ist, braucht nicht ausgeführt zu werden; und man kann gespannt darauf sein, ob etwa nun die allgemeinen preussischen Ausführungsbestimmungen auf das Kommando des westfälischen Zentrums geändert werden.“

### Giesberts Lob.

Den christlichen Gewerkschaftsführer Giesbert, der in der „Kölnischen Volkszeitung“ für verschärfte Strafbestimmungen gegen die „Auswüchse des Koalitionsrechts“ eintritt, hat sein Schicksal rasch erteilt. Freudig beweegt spendet ihm die „Kölnische Zeitung“ ihr Lob. Mit Recht nimmt die „Kölnische Zeitung“ die nebenher erfolgte Anklage des Herrn Giesberts, daß die Gewerkschaftskrisen „Abwehrmaßnahmen“ ergreifen werden, wenn die Gesetzgebung gar zu scharf wird, nicht ernst. Sie schreibt spöttlich:

Wenn man von dem Vorbehalt im letzten Satz absteht (Das sind die „Abwehrmaßnahmen“, D. Red.) der offenbar nur gemacht ist, um sich für alle Fälle die Hand frei zu halten, darf der Reichskanzler mit dieser Ausnahme zufrieden sein. Sie ist allerdings deshalb besonders freudig, weil Herr Giesberts die parlamentarische Anwendung neuer Bestimmungen gegen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erwartet. Das ist ganz selbstverständlich, und gerade von der Rationalistenpartei wissen wir, daß sie den Terrorismus von Arbeitgebern, die den Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu Organisationen Schwierigkeiten machen, gerade so beurteilt, wie die Bedrohung Arbeitstüchtiger durch organisierte Arbeiter. Wenn deshalb die Anklage des Reichskanzlers den nichtsozialdemokratischen Arbeitern die Gewißheit gebracht hat, daß es sich nicht um eine Beeinträchtigung des Koalitionsrechts handelt, sondern um eine Abstellung schwer empfundenen Mißstände, so können wir mit der Entzweiung zufrieden sein und die sozialdemokratischen Einwendungen, nach denen die Erklärungen des Kanzlers „ein Entgegenkommen gegen die Scharfmacher“ sind, auf sich beruhen lassen.

Die Scharfmacher sind also mit der „Entwicklung“ der christlichen Gewerkschaften zufrieden. Hand in Hand mit den christlichen Arbeiterführern wollen sie „schwer empfundene Mißstände“ abstellen. Auf dem deutschen Arbeiterkongress haben die Giesberts und Konforten die unentwegten Verteidiger des Koalitionsrechts gemißt; jetzt beginnen sie schon mit dessen schälimmsten Feinden freundschaftliche Händedrücke zu wechseln. Damit eröffnet sich die traurige Aussicht, daß wir christliche Arbeitervertreter auch bei den Anschlägen auf das Koalitionsrecht in den Reihen der Arbeiterfeinde finden werden, wie sie ja auch bei der Reichsversicherungsordnung geschlossen haben, die Interessen der Arbeiter niederzutreten.

### Der Kronprinz als Generalstabschef.

Der Kronprinz ist plötzlich vom Kommando des Leibhusars entbunden und in den großen Generalstab versetzt worden. Daß es sich um eine plötzliche Versetzung handelt, geht deutlich daraus hervor, daß die vom Kronprinzen bewohnte Villa in Langfuhr erst kürzlich vom Hofmarschallamt auf weitere Zeit, nämlich bis zum Herbst 1914, gemietet worden ist. Liberale Blätter behaupten, daß man den Kronprinzen in eine andere Umgebung bringen wolle.

### Moralhelden.

Vor einigen Tagen hatte das zahlungsfähige Publikum Köln eine Sensation: Maxine Garden, in tadellosem Gesellschaftsdebüt, gab eine großstädtige Vorstellung und ließ die Seifenblasen seiner verschrobene Ansehungen lustig tanzen. Aus seinen Geistesleistungen verdient ein Satz festgehalten zu werden:

„Man muß lägen, viel mehr lägen im Inneren des Reiches.“

Die eleganten Zuhörer und Zuhörerinnen nahmen diese Weisheit, die der Herausgeber der „Zukunft“ in langjähriger Arbeit erworben hat, entzückt hin. Die „Kölnische Volkszeitung“ dagegen (Nr. 1072) ist ob dieser Verwilderung im heiligen Köln doch erschrocken und dennoch deshalb kräftig auf der schwarzen Moralpauke herum:

Mit voller Entschiedenheit und mit voller Entrüstung muß daher Gardens Satz zurückgewiesen werden, nicht nur vom christlichen Boden aus, sondern vom Boden der natürlichen Moral und vom Boden der Interessen des Reiches! Eine Moral mit doppeltem Boden, eine Moral für die Politik, eine andere Moral für das Privatleben, eine andere für die Großen und eine andere für die Kleinen, das kann und darf es nicht geben. Wer eine solche Moral konstruiert, liefert damit Wasser auf die Mühle des Umsturzes und verwirrt die besten Kreise des deutschen Volkes in ihrem natürlichen sittlichen Empfinden.

Wir sind so frei, zu diesem Wasserlieferanten auf die Mühlen des Umsturzes auch das fromme Zentrum und seine Presse zu rechnen. Sie verstehen die Eigentheorie Gardens allezeit in die Praxis umzusetzen.

### Wünsche der unteren Beamten.

Die Vorstände der Organisationen der unteren Beamten haben in Berlin eine Versammlung abgehalten und der neugegründeten „Sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten“ nahegelegt, darauf hinzuwirken:

1. Daß seitens der gesetzgebenden Körperschaften im Reich und in Preußen unverzüglich die erforderlichen Schritte unternommen werden, um die infolge andauernder Teuerung außerordentlich drückend gewordene wirtschaftliche Lage der unteren Beamten noch im kommenden Etatsjahre durch eine Novelle zum Besoldungsgesetz ausreichend zu verbessern.
2. Daß eine baldige Revision der Gesetze über den Wohnungsgeldzuschuß im Reich und in Preußen durchgeführt und dabei die Wohnungsverhältnisse und das erhöhte Wohnbedürfnis der unteren Beamten und ihrer meist zahlreichen Familien besonders berücksichtigt werde. Außerdem ist der verhältnismäßig höhere Mietaufwand für die kleineren Wohnungen der unteren Beamten in einer entsprechend erhöhten Bemessung des Wohnungsgeldes zum Ausdruck zu bringen.
3. Daß die Bestimmungen über das Arbeitsmaß, die Dienst- und Ruhezeiten und den Erholungsurlaub im Wege gesetzlicher Vorschriften zeitgemäß geändert werden.
4. Daß in den heutigen Verhältnissen angepaßtes einheitliches Beamtenrecht geschaffen werde, daß vor allem lebenslängliche Anstellung für alle unteren Beamten und Abschaffung der Arreststrafe bringe.

### Reichstagswahlwahl in Offenburg-Neckl.

Eine am Sonntag in Offenburg stattgefundene Kreisversammlung des 7. badischen Reichstagswahlkreises stellte einstimmig als Kandidaten der Sozialdemokratie den Genossen Weiler, Redakteur in Milhausen i. E., auf. Der frühere Vertreter des Kreises, Delonnieat Schäfer, hat die ihm vom Zentrum angebotene Kandidatur nach anfänglichem Zögern wieder angenommen. Die Liberalen haben bekanntlich Stadtrat Kösch-Rarkruhe wieder aufgestellt.

### Gegen die Militärdiktatur.

Eine Protestversammlung der fortschrittlichen Volkspartei gegen das preussische Sölderegiment nahm in Düsseldorf einen stürmischen Verlauf. Referent war der elsch-lothringische Landtagsabgeordnete Wolf-Ströckung. Die Altspreußen traten nach Essener Rezept außerordentlich provokatorisch auf. Von dem sozialdemokratischen Diskussionsredner wurde an Stelle der elsch-lothringischen Frage die Verfassungsfrage in den Vordergrund gerückt und der „Fortschritt“ um eine unmissverständige Stellungnahme ersucht. Darauf erklärte der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Rothhoff unter dem Beifall der Versammlung, daß der Reichstag nur eine Antwort auf die Reichsfestigung der militärischen Willkür durch den Kriegsminister haben könne, indem er den Militäretat ablehne. Schließlich genüge aber auch schon, wenn man dem Kriegsminister das Gehalt verweigere! — Das Zentrum, die stärkste bürgerliche Partei im Düsseldorf Kreis, schwieg sich in allen Tonarten aus!

### Scheu vor der Öffentlichkeit!

Nach dem Vorfall des Oberleutnants Eben verhandelte am Montag das Kriegsgericht der 2. Gardebataillon gegen zwei Offiziere und einen Wachmeister. Angeklagt waren der Hauptmann Sootmann vom Telegraphenbataillon Nr. 5, Leutnant Burckhardt vom Telegraphenbataillon Nr. 4 und Wachmeister Frisch von dem gleichen Truppenteil. Die Verhandlungen wurden unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt. Nach der Verlesung der Anklage beantragte der Vertreter der Anklage den Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht beschloß, für die ganze Dauer in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln, weil eine Gefährdung der militärischen Interessen zu befürchten sei. Die Vorgänge, die der Anklage zugrunde liegen, haben sich während der letzten Herbstmanöver in Wernsdorf zugetragen. Es waren auch mehrere Zivilzeugen, darunter der Gemeindevorsteher von Wernsdorf geladen. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde folgendes Urteil in öffentlicher Sitzung verkündet: Der Angeklagte Hauptmann Sootmann wird unter Freisprechung von der Anklage im übrigen wegen Achtungsverletzung zu drei Tagen Stubenarrest verurteilt. Die Angeklagten Leutnant Burckhardt und Wachmeister Frisch werden von der Anklage der Unbotmäßigkeit freigesprochen. Auch die Begründung des Urteils erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

### Geistig mindertüchtig und doch reif für das Gefängnis.

Selten wird wohl ein Urteil so den Widerspruch herausfordern und Aufsehen erregen, als wie das vom Preussischen Kriegsgericht gegen den Musikfregatte Blauwold vom 83. Infanterieregiment in Oppeln gefällte. Am 16. Juli kam Blauwold von Stellung, wo er wegen Fahnenflucht eine Strafe verbüßt hatte, zu seinem Truppenteil zurück. In der Nacht vom 23. zum 24. Juli desertierte er abermals, nur mit Helm, Hinterhofe und Partoffeln versehen. Aus einem Reubad stahl er sich Kleidungsgegenstände und fuhr dann mit der Eisenbahn als blinder Passagier nach Oberkriechen, wo er sich durch einen Schuppenständer Nahrungsmittel verschaffte. Wegen dieser neuen Delikte wurde Blauwold abermals vor das Kriegsgericht gestellt. Hier machte er zu seiner Entschuldigung geltend, daß er in der fraglichen Nacht unter schweren Kopfschmerzen gelitten habe und er nicht wisse, wie das über ihn gekommen sei. Da auch sonst Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des angeklagten Musikfregatten, der einen stupiden Eindruck macht, auftraten, wurde er von militärischen Sachverständigen untersucht und beobachtet. Die Ermittlungen ergaben, daß Blauwold schon als Schüler gegenüber den anderen zurückblieb. Später unternahm er unglückliche Wanderungen durch ganz Deutschland und im Ausland, wobei er wiederholt mit den Behörden in Konflikt geriet. Weiter stellten die militärischen Sachverständigen fest, daß Blauwold eine notorische Trinkerfamilie entstammt, erblich belastet ist und von Jugend an menschenscheu war und zu Sonderbarkeiten neigt. Seine Vorgesetzten bezeichnen ihn als einen

Menschen, der willig sei und sich große Mühe gebe, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Von den Sachverständigen wird B. für nicht normal gehalten, sondern für eine Person, die bei Begehung der Tat unter Zwangsvorkellungen gehandelt habe, aber dennoch für sein Tun verantwortlich (1) sei. Mit Rücksicht auf den schweren Krankheitszustand empfahlen die Sachverständigen aber eine milde Strafe. Wahrscheinlich auf Grund dieser Gutachten beantragte dann der Anklagevertreter auch „nur“ 2 Jahre und 14 Tage Gefängnis, 4 Jahre Ehrverlust und Verweisung in die 2. Klasse. Das Gericht erkannte auf die schwere Strafe von 1 Jahr und 14 Tage Gefängnis! Wegen angeborener geistiger Minderwertigkeit ist der Beurteilte auf Verfügung des Generalkommandos inwischen als dienstunbrauchbar vom Militär entlassen worden, aber trotzdem wurde er für seine Taten voll verantwortlich gemacht und hart bestraft. Wer vermag das Rätsel zu lösen?

### Der deutsche General in Konstantinopel.

Die Türkei hat den General Viman v. Sanders für fünf Jahre in ihre Dienste genommen und ihm das Kommando des I. Armeekorps, das in Konstantinopel liegt, übertragen. Dagegen hat die Tripelentente, wie kürzlich mitgeteilt, durch ihre Boten protestiert. Namentlich die russische Presse führt eine scharfe Sprache und erklärt, daß die Uebertragung des Kommandos von Konstantinopel an einen deutschen General die Aufhebung der Freiheit der Dardanellenstraße bedeuten könne. Im Ganzen macht die Erregung aber einen etwas gekünstelten Eindruck und wird wohl nur zu dem Zweck inszeniert sein, der armen Türkei unter dem Titel „Kompensationen“ weitere Zugeständnisse an die Mächte der Tripelentente zu erpressen.

### Portugal.

#### Sozialistische Gemeindevahlzige in Portugal.

Bei den Gemeindevahlen vom 7. Dezember haben die Sozialisten zum erstenmal in mehreren Städten ihre Vertreter durchgebracht. Die die Lissaboner „Arbeiterstimme“ meldet, wurden in Porto, der großen Handelsstadt Nordportugals, 11 Sozialisten gewählt. In Covilha erhielt die Partei die absolute Mehrheit und siegte noch in einer Reihe anderer Gemeinden.

### England.

#### Polizeibrutalitäten gegen die Suffragetten.

London, 15. Dezember. Gestern Abend kam es im Arbeiterviertel Eastend zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Anhängern des Frauenstimmrechts. Eine Menge von 200 Personen versuchte vor den Häusern der Stadträte, die den Anhängern des Frauenstimmrechts die Benutzung eines städtischen Saales verweigert hatten, eine Kundgebung zu veranstalten. Die Polizei forderte die Menge auf, die Straße zu räumen. Trotzdem begann eine Frau, eine Rede zu halten. Darauf griff Polizei zu Pferde und zu Fuß die Menge an. Die Menge schützte sich unter Schreidrufen. In der Dunkelheit wurden mehrere Frauen und Kinder mit Füßen getreten, es wurde jedoch niemand ernstlich verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Straße ist bedeckt mit zerrissenen Fahnen, Hüten, Stöcken und anderen Trümmern.

### Holland.

#### Arbeiterschulpläne in Holland.

In der schriftlichen Antwort auf den Sektionsbericht über seinen Etat hat der holländische Arbeitsminister Treub auf Drängen der Sozialdemokraten einige Mitteilungen über seine Pläne zur Arbeiterschulgesetzgebung gemacht. Er kündigt ein Gesetz zur Einschränkung der Arbeitszeit für familiäre erwachsene Arbeiter an, scheint aber damit keine sehr radikalen Maßnahmen zu beabsichtigen, denn er erklärt schon jetzt, daß er mit der internationalen industriellen Konkurrenz zu rechnen habe. Ein besonderes Gesetz wird die Nachtarbeit in den Bädereien abschaffen und damit eine Reform bringen, die schon vereinzelt vergeblich in der Volksvertretung zu verwickeln versucht wurde. Auch eine gesetzliche Regelung der Hausindustrie wird zugeplant, wobei aber ein Minimum nur insofern gesetzlich vorgeschrieben sein soll, als es notwendig erscheint, um gewisse Formen der Hausindustrie zu beseitigen. Der Minister beschäftigt schließlich, die Arbeit für Frauen und jugendliche Personen in den Spinnereien und Webereien am Sonnabendvormittag zu verbieten.

### Mexiko.

#### Die Niederlage der Rebellen.

Mexiko, 15. Dezember. Nichtamtliche Depeschen bestätigen die Nachricht von der Niederlage der Aufständischen bei Lampico. Die Aufständischen haben alle Lokomotiven und Wagon der Eisenbahn mit sich genommen. Die Bundesstruppen berichten, daß 800 Aufständische getötet worden sind, ehe sie sich aus dem Feuerbereich der Geschütze retten konnten. Es wird keinerlei großer Sachschaden gemeldet.

### Kaub und Nord.

New York, 15. Dezember. Nach einer Depesche aus El Paso, welche die Berichte amerikanischer, deutscher und spanischer Flüchtlinge wiedergibt, ist General Villa tatsächlich unbeschränkter Machthaber von Chihuahua. Er weist die Forderungen der Vertreter des Auslandes zurück und hat sich des Eigentums der Ausländer, das auf 5 Millionen Dollar eingeschätzt wird, bemächtigt. Außerdem hat er zwanzig Mexikaner hingerichtet lassen. Zu dem beschlagnahmten Eigentum gehört auch ein Depot, dessen Wert auf 1500000 Dollar geschätzt wird. Es gehört deutschen, englischen, französischen und spanischen Interessenten. Andere Depots, welche Spaniern gehören und einen schätzungsweise Wert von 3500000 Dollar darstellen, sind ebenfalls beschlagnahmt worden. General Villa hat die Kaufleute aller Nationen wissen lassen, daß sie große Summen zur Unterstützung der Rebellen zu zahlen haben.

### Aus der Partei.

#### Anatole France über den Sozialismus.

London, 12. Dezember. (Fig. Ber.) Anatole France, der größte Schriftsteller Frankreichs, wollte in den letzten Tagen in London, wo ihm von der ganzen Weltliteratur ein überaus herzlicher Empfang bereitet wurde. Am 11. Dezember sprach er in einer von der hiesigen Gesellschaft anberaumten Versammlung, in der auch die Genossen Shaw, Hyndman und Keir Hardie das Wort nahmen. Der französische Meister, der sich seit Jahren zum Sozialismus bekennt, und öffentlich für ihn eintritt, hielt eine Rede über den Sozialismus, die Gefahren des Militarismus und die Ausweglosigkeit des Krieges. Wir wollen hier einige Stellen aus der Rede zitieren.

Anatole France sagte unter anderem: „Als Sozialist freue ich mich, diesen Abend unter Sozialisten zu weilen. Ich bin schon

seit einer Reihe von Jahren Sozialist und werde mit jedem Tage mehr Sozialist. Ich bin Sozialist, weil der Sozialismus die Gerechtigkeit ist; ich bin Sozialist, weil der Sozialismus die Wahrheit ist; der Sozialismus wird aus dem Lohnsystem so unvermeidlich hervorgehen, wie das Lohnsystem der Peinlichkeit folgte. Man kann den Fortschritt des Sozialismus verneinen, doch nur weil die meisten Menschen den Bestand dessen verneinen, wovor sie sich fürchten.“

„Wenn wir auf dem Festlande gegen diese oder jene Menschen-Gruppe kämpfen, muß man nicht denken, wie manche Ihrer Landsleute zu denken geneigt sind, daß dies ein Kampf gegen Personen ist, den wir führen: es ist ein Kampf für eine Idee. In England glauben viele, daß die politische Partei, die die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich verursacht hat, nur die nationale Sicherheit im Auge hatte, aber wir wissen recht gut, daß die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit in Frankreich weit mehr durch Erwägungen sozialer Art als durch Gedanken über die Verteidigung gegen fremde Nationen herbeigeführt worden ist; sie bildet einen ersten Versuch zur rücksichtslosen Organisation der Gesellschaft; sie richtet sich wenigstens ebenso sehr gegen das französische Proletariat wie gegen mögliche Eindringlinge; sie gilt ebenso sehr unserer Arbeiterorganisation wie der Rücke in den Vogesen, die den militärischen Durchbruch ermöglicht. Wenn diese reaktionären Minister und Herikalen Abgeordneten, diese Geschäftsleute, die zurzeit die Geschäfte unseres Landes leiten, wirklich um die nationale Verteidigung besorgt gewesen wären, so würden sie eher alles andere vorge schlagen haben als die Rückkehr zu den Verursachern, deren Unzulänglichkeit wohlbekannt ist. Sie würden sich an die lebendige Kraft der Demokratie gewandt haben, sie würden ein Volk in Waffen, die größte und einzige Zuflucht eines freien Landes, geschaffen haben. Aber das lag unseren Herrschenden nicht am Herzen. Sie wünschten das Land nur zu militarisieren, um es leichter regieren zu können.“

Andererseits haben wir englischen, deutschen und französischen Sozialisten zusammen ein gemeinsames Ideal, einen gemeinsamen Willen, und das ist der Wille zum Frieden. Daß zwischen Deutschland und Frankreich eine sentimentale Abneigung besteht, und daß zwischen Deutschland und England eine wirtschaftliche Rivalität besteht, leugnen wir nicht; aber wir leugnen, daß es zwischen diesen drei großen Nationen einen fundamentalen, unveröhnlichen Gegensatz gibt. Wir verlangen deshalb, daß aller Feindschaft zwischen ihnen ein Ziel gesetzt, und daß alle Feindseligkeit aus der Welt geschafft wird. Der Krieg würde heute nichts mehr entscheiden. Die Zeiten sind dahin, als der Eroberer das besiegte Volk zerstören und es in die Sklaverei stoßen konnte. Ein Krieg würde jactan ein nutzloses Unheil, ein vergebliches Verbrechen sein.“

### Totenliste der Partei.

Zum Tode des Genossen Riem wird uns noch aus Dresden geschrieben:

Am Sonnabend Abend gegen 7 Uhr ist Landtagsabgeordneter Genosse Riem im Johannstädter Krankenhaus in Dresden an Herz- und Nierenschwäche gestorben. Er war seit 1900 Redakteur des Dresdner Parteiblattes, seit 1909 sächsischer Landtagsabgeordneter. Der Verstorbene stand in den ersten Reihen der Bewegung und war in ihr ungefähr 20 Jahre tätig. Vor einer Woche besuchte er noch die Sitzungen im Landtag. Sein Zustand verschlechterte sich schnell, sodaß Riem fast hoffnungslos am Mittwoch voriger Woche in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Verstorbene war auch viele Jahre im Vorstand der Ortskrankenkasse, eine Zeit lang erster Vorsitzender der Parteioffizianten der Wahlkreise Dresden-Stadt. Er vertrat in der Zweiten Kammer den 3. ländlichen Wahlkreis (in der Provinz), wo er 1909 unter dem neuen Wahlrecht in der Stichwahl mit Hilfe des kleineren Teiles der Freiwahligen gewählt wurde. Im Parlamentarischen befasste er sich mit Geschäften an den Arbeiten in den Kommissionen und im Plenum, er gehörte zu den häufigeren Rednern der Fraktion. R. war von Beruf Schriftsetzer. Nach Dresden kam er Anfangs der 80er Jahre von Wurzen, wo er am dortigen Parteiblatt tätig war. In Dresden war er zunächst als Schriftsetzer, dann als Korrektor tätig; 1900 wählte ihn die Pressekommision auf eine neue Redakteurstelle. Auch als Versammlungsredner und Agitator war der verstorbene Genosse sehr tätig, und als solcher in ganz Sachsen bekannt. Die Partei übertrug ihm wiederholt Delegationen und andere Ehrenämter und auch auf den Ortskrankenkassen-Kongressen war er eine bekannte Persönlichkeit.

Der Tod hält reiche Ernte unter den Dresdener Genossen. Räum ist Heilmann vor einigen Tagen in seine Gesilde gegangen und vor einigen Monaten August Raden — dessen Schenkerste am Sonntag beigeht wurden — und schon wieder mußte einer unserer Besten sein Leben, noch nicht 46 Jahre alt, beschließen. Die Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Vom Niedergang der Sozialdemokratie. In Nürnberg wurde eine Demonstration für den Sozialdemokratischen Verein veranstaltet. Trotz der Kälte, die besonders schwer auf der Nürnberger Arbeiterschaft lastet, konnten rund 1000 Neuaufnahmen erzielt werden. Wieder ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie den „Krebsgang“ geht.

### Aus Industrie und Handel.

Kriegsschädigungen. Das Kaiserliche Konsulat in Saloniki berichtet: Der Abbruch des Friedens zwischen Griechenland und der Türkei Mitte November hat die Geschäftslage in Saloniki nicht erheblich verbessert. Die Unsicherheit über die Reorganisation des griechischen Majordoms, über Veränderungen im Zollwesen und Grenzverkehr und damit über die Möglichkeit, die Handelsverbindungen nach den wichtigen Plätzen des früheren Hinterlandes, namentlich nach Kefis, jezt Skopje, und Konstantin in Neuserbien, wieder aufzunehmen und aufrecht zu erhalten, ist bestehen geblieben und der Bahn- und Schiffsverkehrs, besonders der erstere, bereitet dem Handel noch große Schwierigkeiten. Die Luft zu bestellen fehlt für Waren, deren Absatz, besonders nach dem Innern des Landes und über die neuen Grenzen, nicht sicher ist. Die Ausfuhr für den Export nach Saloniki haben sich für die nächste Zeit entschieden vermindert infolge der neuen Gebietsverteilung, der Verzerrung und Auswanderung eines großen Teiles der Bevölkerung. In Serbien werden große Anstrengungen gemacht, damit die Kaufleute im neuverordneten Gebiet ihre Waren aus Belgrad beziehen.

### Soziales.

#### Vom Kornwalzer zur Abortinspektion.

Im Jünderbetrieb der Kruppischen Fabrik ist, wie die Essener „Arbeiterzeitung“ berichtet, anfänglich der Inbetriebsetzung einer neuen Abortanlage ein besonderer Abortwächter eingestellt. Ihm ist die „Wohlfahrtsaufgabe“ zugefallen, darauf zu achten, daß die Arbeiter sich — nicht zu lange in dem Abort aufhalten und daß sie während der Verrichtung ihres Bedürfnisses eine aufrechte Haltung einnehmen. Gewissenhaft waltet der Abortwächter seines Amtes, die Einzelzeit und einheitliche Haltung für die Geschäfte des verschwiegenen Orts zu kontrollieren. Er überwacht auch, ob nicht „gemogelt“ wird. Zu diesem Zweck überzeugt er sich, „von hinten“ durch Aufheben der Jaden, ob auch durch Abmischen der Hosen dem „Ernst der Situation“ hinreichend Rechnung getragen ist. Die

Gewissenhaftigkeit des Abortwächters hat viele Meldungen zur Folge. Die Meldungen — Ordnungsstrafen. So wurde ein Arbeiter wegen Lebens im Abort mit Strafe belegt. Er beschwerte sich und ihm wurde vom Betriebsführer bedeutet, er hätte durch seine Körperhaltung nicht den Aufchein erwecken sollen, als ob er lese.

Krupp ist dem römischen Kaiser Vespasian (regierte 69—79) weit über. Vespasian hatte eine Steuer auf Anstalten zur Befriedigung lechtärer Bedürfnisse gelegt. Sein Sohn Titus hielt ihm vor, daß sei doch anrüchig. Da hielt der sparsame Vater dem geruchempfindlichen Sohn das erste aus der Steuer eingekommene Geld mit der Frage vor die Nase, ob es röche. Die Antwort non olet (es riecht nicht) ist zum geübtesten Wort geworden. In Frankreich nennt man zur Erinnerung an diese merkantile Fähigkeit des Kaisers die Bedürfnisanstalten noch heute Vespasiennes (sprich: Vespasiem). Krupp ist dem Vespasian über. Er münzt Geld aus der Haltung und aus der Länge der Zeit, die beim Abproben schwerer Geschosse verwendet ist. Das riecht nicht mehr, das stinkt zum Himmel. Die Auserlegung von Ordnungstrafen und die Kontrolle sind grobe Verstöße gegen die guten Sitten. Nach §§ 134 und c der Gewerbeordnung wie nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind die entsprechenden Vorschriften der Arbeitsordnung unzulässig, die Auserlegung von Strafen unzulässig. Aber was tut's? Die Gewerbeinspektoren erhielten einen Rüssel, als sie im Jahre 1901 vom Zentralverband der deutschen Industriellen erlassene Vorschriften als gegen die guten Sitten verstößend bezeichneten. Der Verein erklärte, was gegen die guten Sitten verstöße, hätten allein die Scharfmacher zu bestimmen, deren Vorsitzender Krupps Dirigent ist.

Und der Verstoß gegen Gesetz und gute Sitten (Ausschluß des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) zielt heute noch die Arbeitsordnungen. „Krupp ist der Staat“, meinte ein Angeklagter vor dem Kriegsgericht, das wegen der Kornwalzer verhandelte. Was Krupp tut, das ist wohlgeant, mag es sich um die Benutzung der Kornwalzer oder um die Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter und um Ehrverletzungen gegen sie handeln.

### Städtische Wohnungsfürsorge.

In Göttingen hat sich bei einer Revision der Kleinwohnungen herausgestellt, daß eine ganze Anzahl in absehbarer Zeit polizeilich geschlossen werden muß. Am rechtzeitig Erfay zu schaffen, hat die Stadtverwaltung mit dem Spar- und Bauverein G. m. b. H. einen Vertrag abgeschlossen über den Bau von Kleinwohnungen. Die Stadtverwaltung übergibt dem genannten Verein ein 2000 qm großes Grundstück im Norden der Stadt unentgeltlich, das durch Zukauf auf 8000 qm gebracht wird. Dieses Grundstück ist mit 16 Häusern zu bebauen, die insgesamt 115 Wohnungen mit Küche und zwei oder drei Räume enthalten. Jedes Haus hat Vor- und Hintergarten und in der Mitte der Häuser befindet sich ein 5000 qm großer Gartenspielfeld. Die kleineren Wohnungen kosten 210, die größeren 290 M. Miete. Dieser billige Preis ist nur dadurch möglich, daß die Landesversicherungsanstalt den größten Teil des Bankkapitals und ferner die Stadtverwaltung weitere 140000 M. zu einem ganz niedrigen Zinssfuß leiht, bei dem sie alljährlich aus den Zinsen der Kaiser Wilhelm-Regierungsjubiläums-Stiftung in Höhe von 40000 M. noch drauflegt. Der dritte Teil der Häuser muß am 1. Oktober 1914, 1915 und 1916 zu beziehen sein. Die Vermietung von 39 Wohnungen hat sich der Magistrat an städtische Arbeiter und Unterebeamte vorbehalten. Die städtischen Kollegien haben dem Vertrage mit dem Spar- und Bauverein einstimmig zugestimmt.

### Kampf gegen die Schule.

Die schwarze Reaktion in Bayern möchte eine Wühlerei gegen das Schulgesetz inszenieren, die von dem oberbayerischen Bauernverein, einer reinen Zentrumorganisation, geschürt wird. Es handelt sich um nichts geringeres, als um das Bestreben, die Gangschulen auf dem Lande durch Halbtagsschulen zu ersetzen. Der Verein hat eine Kommission eingesetzt, die entsprechende Eingaben an die Behörden auszuarbeiten hat, von den einzelnen Ortsmannschaften des Vereins wird die Aktion durch Resolutionen unterstützt. In einem Artikel des Dr. Heimischen Bauernblattes wird für die Sache lebhaft Propaganda gemacht und ein eingehendes Programm entwickelt. Danach soll der bisherige tägliche Unterricht von 5 und 5 1/2 Stunden auf 3 1/2 und 3 Stunden herabgesetzt werden. Der Zweck dieses vollständigen Scheiterns Unternehmens wird in folgenden Sätzen unerbittlich kundgegeben:

„An Gemeindeumlagen konnte auf diese Weise viel erspart werden. Das Wichtigste aber ist, daß dadurch neue Arbeitskräfte für die Landwirtschaft gewonnen würden. Die Schüler der oberen Jahrgänge müßten an den Nachmittagen zur Verrichtung von ihrer Arbeitskraft angemessenen Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Einführung der Halbtagsschule wäre darum die größte Wohltat für die Bauern und ihre Kinder.“

Durch die größere Ausbeutungsmöglichkeit der Kinderarbeit macht man den Bauern die Sache schmackhaft. Nebenbei wird auch noch erreicht, daß — und das ist wohl der Hauptzweck — die Kinder nicht allzu viel von der verfluchten Bildung in sich aufnehmen. Das gibt dann williges Stimmvieh für die Zentrumspartei. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landtags ist die Gefahr, daß derartige reaktionäre Bestrebungen zum Durchbruch gelangen, nicht gar zu gering.

### Letzte Nachrichten.

#### Die deutsche Militärmission in Konstantinopel.

Wien, 15. Dezember. (Meldung des Wiener I. I. Teleg.-Korr.-Bureaus.) Nach Informationen aus diplomatischen Kreisen halte die vorgestrigte Demarche der Vertreter der Tripel-Entente hauptsächlich die Anfrage zum Gegenstande, ob die Dardanellen und der Bosporus unter das Kommando des Chefs der deutschen Militärmission gestellt seien. Während des heutigen diplomatischen Empfangs hat der Großvezir diese Demarche mündlich beantwortet und erklärt, daß die Truppen an den Meerengen nicht unter das Kommando von Viman gestellt seien.

#### Vom österreichischen Buchdruckerstreik.

Brag, 15. Dezember. (B. G.) Die passive Resistenz der hiesigen Echer dauert an. Ein Teil der Morgenblätter wird morgen nicht erscheinen, da die Zeitungen nicht gesetzt werden können.

#### Dravouröse Tat einer Fliegerin.

Paris, 15. Dezember. (B. G.) Die englische Aviatikerin M. A. J. Ashton Harbord ist mit einem Passagier heute vor-mittag von dem Flughafen in Hendon abgeflogen, um über den Kanal nach Paris zu fliegen. Die Pilotin ist über dem Kanal in einen dichten Nebel geraten und irrt 2 1/2 Stunden über dem Meere umher, bis sie endlich in der Nähe von Rouen landete. Nachdem sie neues Benzin aufgenommen hatte, setzte sie ihren Flug nach Paris fort, wo sie heute nachmittags ankam.

# A. Wertheim

# Heute billige Lebensmittel

Wurstwaren	Frisches Fleisch	Fische	Geflügel	Obst und Gemüse
<b>Holsteiner Zervelatwurst</b> in Fettdarm . . . . . Pfund 1.35	<b>Pa. Ochsenfleisch</b> Pfd. 1 M.	<b>Kabeljau</b> ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . . . Pfund 25 Pf.	<b>Brathühner</b> Stück 1.30 bis 2.40	<b>Amerikan. Aepfel</b> . Pfund 28 Pf.
<b>Schinken nach Prager Art</b> zum Backen u. Kochen, Pfund 1.30	<b>Fr. Schinken</b> i. Ganzen, Pfd. 80 Pf.	<b>Seelachs</b> ohne Kopf in ganzen Fischen . . . . . Pfund 25 Pf.	<b>Suppenhühner</b> Stück 1.40 bis 2.60	<b>Kalifornische Aepfel</b> Pfund 38 Pf.
<b>Lachsschinken</b> in ganzen u. halben Stücken . . . . . Pfund 1.90	<b>Schweinekotelettes</b> . Pfund 1 M.	<b>Schellfisch</b> 2-4 Pfd., Pfd. 26 Pf.	<b>Gänsepökelfleisch</b> Pfund 68 Pf.	<b>Belle Fleures Aepfel</b> Pfund 20 Pf.
<b>Gänsebrust</b> in ganzen und halben Stücken . . . . . Pfund 1.60	<b>Kamm und Schuft</b> . Pfund 85 Pf.	<b>Rotzungen</b> . . . . . Pfund 26 Pf.	<b>Butter</b> Koch- u. Backbutter Pfund 1.10 und 1.18	<b>Kochäpfel</b> . . . . . Pfund 13 16 Pf.
<b>Schinkenspeck</b> in Stücken von 1 1/2-4 Pfd., Pfd. 1.20	<b>Bauch und Liesen</b> . Pfund 75 Pf.	<b>Bratschollen</b> . . . Pfund 16 Pf.	<b>Tischbutter</b> Pfund 1.28, 1/2 Pfund 64 Pf.	<b>Kochbirnen</b> . . . . . Pfund 15 Pf.
<b>Aus eigener Wurstfabrik:</b>	<b>Rückenfett</b> . . . . . Pfund 60 Pf.	<b>Tarbutt</b> . . . . . Pfund 45 Pf.	<b>Tafelbutter</b> Pfund 1.36, 1/2 Pfund 68 Pf.	<b>Kanarische Bananen</b> Pfd. 28 Pf.
<b>Rotwurst</b> . . . . . Pfund 55, 75 Pf.	<b>Eisbein (Dickbein)</b> . . Pfund 70 Pf.	<b>Steinbutt</b> . . . . . Pfund 80 Pf.	<b>Tafelschmalz</b> . . . Pfund 68 Pf.	<b>Ananas</b> . . . . . Pfund 75 85 Pf.
<b>Landleberwurst</b> . . Pfund 90 Pf.	<b>Rindertalg</b> ausgelassen, Pfd. 60 Pf.	<b>Zander</b> . . . . . Pfund 68 Pf.		<b>Almeriatrauben</b> . . . Pfund 45 Pf.
<b>Pastetenleberwurst</b> Pfund 1.15	<b>Winter-Kartoffeln</b>	<b>Lachs</b> in ganz. Fischen, Pfd. 50 Pf.		<b>Apfelsinen</b> Dutzend 30 38 45 Pf.
<b>Jagdwurst</b> . . . . . Pfund 1.10	<b>Weißer Ztr. 1.85 Dabersche Ztr. 2.40</b>	<b>Frische Karpfen</b> Pfund 55 Pf.		<b>Mandarinen</b> . . . . . Pfund 28 Pf.
<b>Teewurst</b> . . . . . Pfund 1.30	Zusendung durch die Paketfahrt Zentner 40 Pf. Sacke 25 Pf. Pfand.	<b>Frische Schleie</b> Pfund 55 Pf.		<b>Mandarinen Kiste</b> 25 Stück 95 Pf.
		<b>Lebende Karpfen</b> Pfd. 85 u. 95 Pf.		<b>Wal- u. Haselnüsse</b> Pfund 45 Pf.
		<b>Lebende Schleie</b> Pfund 1.15		<b>Taranüsse</b> . . . . . Pfund 55 Pf.
		<b>Seemuscheln</b> . 100 Stück 30 Pf.		<b>Datteln</b> . . . . . Karton 35 Pf.
				<b>Blumenkohl</b> . Kopf 15 20 25 Pf.
				<b>Rosenkohl</b> . . . . . Pfund 15 Pf.
				<b>Sellerie</b> . . . . . Knolle 5 8 12 Pf.

## Theater.

Dienstag, 16. Dezember 1913.  
Anfang 6 Uhr.  
**Cines Palast am Zoo.** Variété- Lichtspiele.  
Anfang 6 1/2 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Variété- Lichtspiele.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Cernhaus.** Cavalleria rusticana. Palast.  
**Rgl. Schauspielhaus.** Graf Ehrenfried.  
**Deutsches.** Hamlet.  
**Königgrätzer Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Virtus Busch.** Galavorstellung.  
**Virtus Schumann.** Galavorstellung.  
Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Mit dem „Imperator“ nach New York.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Schirin und Gertraude.  
**Leitung.** Eymallon.  
**Kammerspiele.** Bettlerelenden.  
**Theater am Rollendorfsplatz.** Der Mikado.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Cernhaus.** Nanon Lescaut.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Langobardinnen.  
**Romdionhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operetten.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Geschäft ist Geschäft.  
**Schiller Charlottenburg.** Am Tage des Gerichts.  
**Residenz.** Hohheit — der Franz.  
**Wise.** Fröhliche Weihnachten.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kaffee.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Kleines.** Die Sippe.  
**Multiplexhaus.** Die spanische Fliege.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Kinofönigin.  
**Gerrnfeld.** Was sagen Sie zu Weibchen?  
**Wollo.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Kasernenluft.  
**Solios Caprice.** Der Student.  
**Waldhalla.** Wolkenbummler.  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Der Graf von Charolais.  
Anfang 9 Uhr.  
**Berliner Gispalast.** Eisport.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Variété- Lichtspiele.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62

## Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Die heitere Residenz.  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Polenblut.  
Mittwoch u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:  
Das tapfere Schneiderlein.  
Sonnt. Nm. 3 1/2, 11: Der liebe Augustin.  
**Theater am Rollendorfsplatz 5.**  
8 Uhr: Mikado.  
Morgen Mittw. nach 4 Uhr zu kleinen Preisen: Frau Holle.  
8 Uhr: Residenz-Theater.  
8 Uhr: Hohheit — der Franz!  
Aufsichtliche Grotte in 3 Akten von Arthur Landberger und Blüt Wolf.  
Musik von Robert Winterberg.  
Abend 8 Uhr: Hohheit — der Franz!  
**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Pygmalion.  
Lustspiel von Bernard Shaw

## Deutsches Künstlertheater

Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Rollendorf 1993.  
Dienst. 8 Uhr: Schirin und Gertraude.  
Mittw. 3 1/2, 11 Uhr: Tancan-Schule.  
Lange und Reigen.  
Mittwoch 8 Uhr:  
Schirin und Gertraude.

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.  
Fröhliche Weihnachten.  
Weihnachtsstück mit Gesang  
in 5 Akten von L. Ottomeyer.  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch:  
Berlin wie es weint und lacht.

## MARMORHAUS

(An der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche)  
**LICHT-SPIELE**  
Kurfürstendamm 236.

Wiederum Bomben-Lach-Erfolg!  
**Rita Sacchetto**  
in  
Die weiße Dame.  
Lustspiel in 3 Akten  
und der phänomenale neue Spielplan.  
Vorstellungen: 5, 7, 9 Uhr.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Geschäft ist Geschäft.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Heimg'funden.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Wilhelm Tell.  
**Schiller-Theater**  
Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Am Tage des Gerichts.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Was ihr wollt.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Jugendfreunde.  
**Theater in der Königgrätzer Straße**  
8 Uhr:  
Die fünf Frankfurter.  
**Komödienhaus.**  
8 Uhr: Hinter Mauern.  
**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
Wie einst im Mai.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger  
Zickenbeens  
Künstleragentur  
und Winkanten-  
Weihnachten.  
Nächste Nachm.-  
Vorstellungen:  
25. Dezember,  
26. Dezember  
und  
28. Dezember.

## URANIA

Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Mit dem „Imperator“ nach New York.

## Passage-Panoptikum

50 wilde Kongoweiber  
Männer und Kinder  
in einem eigens aufgebauten Kongodorfe.  
Der Frochschluckler.  
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung  
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

## Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:  
Seine Geliebte.  
Sonntagnachm. 3 1/2: Die Liebe wacht.  
**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
**Luisen-Theater.**  
8 1/2 Uhr: Kasernenluft.  
Schauspiel in 4 Akten von Stein und Edinger.  
**Walhalla-Theater.**  
8 1/2 Uhr: Wolkenbummler.  
Schauspiel in 3 Akten von Herrn Stein.  
Musik von Karl Krüger.

## „Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
**Berliner Konzerthaus-Orchester** mit seinem Vokal-Quartett.  
Leitung: Komponist Frz. v. Blon.  
Musikkorps Kaiser-Franz-Garde-Regim. Dirig. Oberm. A. Becker.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. bei freiem Eintritt.  
**Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert**

## Brauerei Friedrichshain.

Sonntag, den 21. Dezember 1913:  
Konzert des Berliner Sängerkorps  
Mitgl. des Arb.-Sängerbundes, Chorleiter Franz Bothe,  
und des Philharmonischen Orchesters  
Dirigent Camillo Hildebrand.  
Billetts im Vorverkauf 50 Pf., Kassenpreis 75 Pf.,  
bei den Vorwärts-Spediteuren Zucht, Immanuelkirch-  
straße 12, und Hanisch, Ackerstr. 174.

## Metropol-Theater.

Abends präzis 7 Uhr 35:  
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

## CINES PALAST

am Zoo.  
Täglich Anfang 6 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr: Matinee  
Kompl. Programm großer Variété-Akte  
sowie unsere renommierten Lichtspiele.  
Preise von 65 Pfennig an.

## Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.

Operetten-Gastspiel  
zum 250. Male:  
Die Kino-Königin.  
Operette in 3 Akten  
von Georg Ofenowski u. Rudolf Freund.  
Musik von Jean Gilbert.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

## WINTERGARTEN

**Rita Sacchetto**  
Serene Nord | Robert Steidl  
D. Venus im Bade  
und die von Publikum und Presse  
glänzend beurteilten  
Dezember-Attraktionen!  
Rauchen gestattet!

## APOLLO THEATER

Friedrichstraße 218  
Tel. Lützow 1757  
**Costantino Bernardi**  
und das grosse  
Variété-Programm!  
Rauchen überall gestattet!  
Beginn: 8 Uhr.  
Ab 7 1/2 Uhr: KONZERT

## Union-Palast

Kurfürstendamm 26  
**Bavaria-Haus**  
Friedrich-E. Taubenstr.  
Unter den Linden 21  
Moritzplatz  
Hasenheide  
Weinbergsweg 16-17  
Reinickendorfer Str. 14  
Schöneberg, Hauptstr. 49  
**Programme des guten Geschmacks.**

## Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Das glänzende Dezember-Fest-Programm.  
Schauspiel der Amerikanischen Sensation  
„Im Guldbog-Engel-Tanz.“  
Dazu seit Oktober total ausverkauft:  
Ferdinand der Tugendhafte.  
Sonntag 4 Uhr: Der Denunziant.

## Folies Caprice.

Der Kuckuck.  
Anfang 8 1/2 Uhr: Manöverschwindel.  
Die Samuels.  
**Admiralpalast.**  
Eis-Arena. — Allabendlich  
das neue mit durchschlagendem  
Erfolg aufgeführte Eisballett  
**Die lustige Puppe.**  
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
**Berliner Uk-Trio**  
Adr. Neukölln Lahnstr. 74L  
Nur von Inhalt der Juvenate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung

Eröffnung morgen

# Tauenzien-Palast

nachmittag 5 Uhr

Beitrag  
Heinrich Braun  
Piccadilly

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern!

Denkt an die Weihnachtsbescherung der Arbeitslosen und ihrer Kinder.

Liefert so schnell als möglich die Listen ab. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Es gingen ferner ein:

- List of names and amounts: Von den Angestellten der „Volkshilfe“, gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungs-Vereinigungen Hamburg, Rechnungsführer Berlin, Engelster 18, 30, ...

- List of names and amounts: 2. 1259 14,35, 2. 1260 9,10, 2. 1261 15,75, 2. 1262 17,50, 2. 1263 14,70, ...

Gewerkschaftliches. Terrorismus-Material.

Wo die Unternehmer noch nicht dazu erzogen sind, die Heberzeugung ihrer Arbeiter zu achten und sich um ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit nicht zu kümmern, da gebrauchen sie rücksichtslos ihre wirtschaftliche Macht zur Unterdrückung der organisierten Arbeiter.

Mit dem Dinauswurf dieser vier wegen ihrer Organisationszugehörigkeit war der Plan des Herrn Nikolaj aber noch nicht voll zur Ausführung gebracht. Der dritte Vorsitzende der Zohlsche Kreuzzug des Brauereiarbeiterverbandes arbeitete in der Kreisfabrik Löwenberg in Kreuznach.

Unter Bezugnahme auf unsere geistige Beipredung teile ich Ihnen folgendes mit: Das Kreuznacher Brauhaus in Kreuznach eröffnete mir heute, daß es den Bezug von Holz bei mir einstellen würde, da der Heizer H., der bei mir beschäftigt ist, gegen das Bier des Kreuznacher Brauhauses fortgesetzt agitiert.

Es ist nicht daran wahr, daß der Heizer H. gegen das Bier des Kreuznacher Brauhauses agitiert, diese Behauptung des Herrn Nikolaj ist nur ein vorgeschobener Grund. Herr Nikolaj wollte den Vorsitzenden aus seiner Stellung haben; die übrigen Vorstandsmitglieder hat er selbst aufs Pflaster gesetzt.

Diesen durch nichts zu beschönigenden Terrorismusakt empfehlen wir den für eine Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter emsig tätigen Materialiensammlern. Mögen sie ihn einer eingehenden Würdigung unterziehen; auch der Reichsverband und die Schlichter könnten ihn ihrer Sammelmappe einverleiben.

Berlin und Umgegend.

Ein Arbeitswilligentransport

ging gestern vormittag um 10 Uhr 30 Minuten vom Anhalter Bahnhof in Berlin nach Innsbruck ab. Er war allerdings nur zehn Mann stark; aber auch das ist bedauerlich genug.

Kleines Feuilleton

Roger Naz, der erste Vertreter des modernen Kunstgewerbes in Frankreich, ist in Paris im Alter von 64 Jahren gestorben. Er war von Jugend an Beamter der staatlichen Kunstverwaltung, blieb aber frei von bürokratischer Verdrückung.

Die Verstorbenen die Damen in sein Konzert koste. Einen amüsanten Beitrag zur Psychologie des Pariser Konzertpublikums, das Verlies gut zu kennen scheint, enthält ein Brief des berühmten Musikers, der dieser Tage in Paris bei Choubay verkauft wurde.

München. Die Münchener Hofoper, die sich für das Schaffen Wolf-Ferraris viel übrig hatte, brachte wenige Tage nach der Dresdener Premiere des schaffensreichen Komponisten neues beliebtes Musikstück, das zweifelhafte Musikstück: „Der Liebhaber als Arzt“ unter Hofkapellmeister Röhr zu sehr erfolgreicher Darstellung. Man muß es begrüßen, daß Wolf-Ferrari

von dem veristischen Seitenpfad des „Schmuds der Madonna“ so rasch und entschieden auf seinen richtigen Weg, den der archaisierenden, aber dabei von neuzeitlichem Geiste erfüllten Komischen Oper zurückgekommen ist. Der Liebhaber als Arzt, der stilistisch mit seinen „Vier Grobianen“ eng verwandt ist, wird als eine Bereicherung des deutsch-italienischen Opernspielplans überall willkommen geheißen werden.

Humor und Satire.

Blinderfuh.

Am Bröckel der Gräfin Kreuzberg ist die Prinzessin von Hlenburg-Abdingen nach der Angabe der Behörden „dauernd unerschickbar.“ Ach — du holder Mummenschanz! — Alles läßt die ernsten Tage! Die von so was isst nichts weiß (Sagt man), lustig mit im Kreis Dreht sich die Justige.

Notizen.

Der Mona-Lisa-Nummel nimmt in den Zeitungen gefährliche Formen an. Zunächst muß die arme Frau sich die unmöglichsten Deutungen, ja Wetteiben gefallen lassen. Das ganze Register von verführerisch-schön bis fatalistisch wird abgeleiert, und es ist ein wahres Glück, daß das Rädeln der Goldseligen auch allen diesen Erklärern gilt.

Schließlich wird auch erörtert, ob der Mann strafbar ist, ob Italien ihn ausliefern muß oder ihn festhalten darf. Inzwischen sammelt seine Landleute schon für ihn und er ist mit einem Male der bedeutendste Mann in Italien.

Die Ausstellung der Porzellanmanufaktur im Kunstgewerbemuseum bleibt noch bis zum 28. d. Mts. geöffnet. — Schauspielermemoiren. Ernst Possart schreibt Erinnerungen aus seinem Leben, die unter dem Titel „Meine Bühnenlaufbahn“ bei Kitzler u. Sohn erscheinen sollen.

dem Anhalter Bahnhof alle möglichen Vergünstigungen. So konnte er die Bahnsperrung ungehindert passieren. Er nahm auch bis zum Abgang des Zuges bei seinen Schächern im Coupé Platz, um sie vor jeder Verführung zu hüten. Als der Schaffner in Unkenntnis der Tatsache, daß es sich hier um den österreichischen Staat so nützliche Elemente handelte, Herrn Koch als Nichtreisenden den Aufenthalt im Wagen unterlagte, verwarfte sich der Herr dagegen. Der zur Ausübung der Bahnpolizei herbeigerufene Stationsvorsteher war auch sofort zufriedengestellt, als Herr Koch ihm flüsternd über seine Persönlichkeit Auskunft gab. Natürlich sind die Buchdrucker an allen Orten, die der Zug passiert, und auch am Anknüpfungsorte über den Transport ausgestellt.

Standard ist das Verhalten der „Morgenpost“ und der „Vollzeitung“ in dem vorliegenden Falle. Die Annoncen des Herrn Koch verlangen ausdrücklich „nichtorganisierte“ Buchdrucker. Aus der Buchdruckerfachpresse ist in Deutschland das „Nichtverbandsmitglied“ verschwunden. Die ganze Tarifgemeinschaft ist aufgebaut auf den Schultern des führenden Prinzipsvereins und des Verbandes der Buchdrucker. Da ist es ganz selbstverständlich, daß man in Friedenszeiten den Tarifkontrahenten nicht dadurch provoziert, daß man seine Mitglieder von der Arbeitsvermittlung ausschließt. Und in Deutschland herrscht ja bei den Buchdruckern doch wohl auf gewerblichem Gebiete Frieden! Aber Blätter wie die „Morgenpost“ und die „Vollzeitung“ sollten in Arbeiterlampsen überhaupt keine Rolle spielen und sich nicht zur Vermittlung von Streikbrechern hergeben. Das tun sie aber in diesem Falle wieder. Dabei ist Herr Ulke in Prinzipalvertreter im Tarifkreis Berlin der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Herr Geschäftsführer Hartog der Firma Rosse ist gar stellvertretender Kreisvorsteher und Herr Dr. Martin Sohn, der kaufmännische Leiter der Firma Rosse ist stellvertretender Vorsitzender des Tarifamts. Das Vorgehen der beiden Blätter hat dennoch in den Reihen der Buchdrucker eine gewaltige Empörung hervorgerufen. Soweit unter diesen überhaupt bürgerliche Blätter gelesen werden, sind es — gerade wie in der übrigen Arbeiterschaft — diese beiden. Und ausgerechnet immer wieder diese beiden Blätter sind es auch, die immer wieder, nicht nur in diesem Falle, Streikbrecherinstitute aufnehmen.

Herr Koch hat übrigens eingesehen, daß in Berlin für ihn bei der Geschlossenheit der Buchdrucker herzlich wenig zu haben sein wird, trotz seiner Helfer in der bürgerlichen Presse. Er hat deswegen vor, seine Versuche in den großen Druckstädten Leipzig und Stuttgart zu wiederholen. Die Buchdrucker dort seien gewarnt. Wenn es natürlich auch nicht möglich sein wird, arbeitswillige Buchdrucker aus Deutschland in solchem Maße herauszugreifen, daß ihre Klasse den kämpfenden Buchdruckern in Oesterreich gefährlich sein könnte, so schämt sich natürlich jeder organisierte Buchdrucker für jeden einzelnen derer, die sich im Augenblick nicht selber schämen, die österreichische Grenze zu überschreiten.

Die Puffersektion des Bauarbeiterverbandes nahm am Sonntag den Bericht vom Verbandstage entgegen und besprach im Anschluß daran die die Mitglieder am meisten interessierenden Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung. Daß diese Unterstützung eine Notwendigkeit ist, das wurde an der Hand der Arbeitslosenziffern der Puffer beleuchtet. Innerhalb der 40 Wochen, für die der Verband im Laufe des Jahres Beiträge erhebt, waren von den 1934 Mitgliedern der Puffersektion arbeitslos: 541 bis 5 Wochen, 285 5 bis 10 Wochen, 240 10 bis 15 Wochen, 148 15 bis 20 Wochen, 150 über 20 Wochen. Nur 66 Mitglieder waren innerhalb der 40 Beitragswochen nicht arbeitslos. Würde sich die Erhebung auf das ganze Jahr erstrecken, so würden auch die letzten 66 noch unter den Arbeitslosen erscheinen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung: „Die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet“ ergab eine Reihe von Beiträgen, die, daß die anhaltende Arbeitslosigkeit nicht selten Veranlassung gibt, Arbeiten zu so niedrigen Preisen anzunehmen, daß der übliche Lohnezugabe dabei nicht verdient werden kann. In mehreren derartigen Fällen wurden durch das Eingreifen des Organisationsvertreters etwas bessere Preise beziehungsweise Lohngarantien erzielt.

### Kupferschmiede als Streikbrecher gesucht.

Seit längerer Zeit werden in bürgerlichen Zeitungen „unorganisierte Kupferschmiede“ gesucht. Der von der Staatsanwaltschaft aufzufindbare Herr Keilung und sein Kompagnon Koch geben derartige Annoncen auf, um für Firmen, welche bestraft werden, Arbeitswillige zu beschaffen. Die Herren annonciieren in ganz Deutschland schon wochenlang, um die streikenden Kupferschmiede bei der Firma Schering, Chemische Fabrik auf Aktien, zu ersetzen. Dies ist bis jetzt nicht gelungen. Es wird jeder eingestellt, der einmal als Kupferschmied gelernt hat, selbst wenn die Lehre nur ein paar Monate gedauert hat.

Ganz eigenartig benimmt sich die Firma Schering bei dieser Angelegenheit. Der Herr Ingenieur hält in der Mittagszeit, wenn er mit den Arbeitswilligen allein ist, Vortrag über die Bedeutung und Nützlichkeit des Vereins der Nichtorganisierten und rät ihnen, andere Namen anzunehmen, zum Beispiel: Heilmann nennt sich Wagner, Krüger nennt sich Wetland, Pflügel nennt sich Fischer oder Müller. Wie kommt der Herr Ingenieur dazu, die Träger etlicher Namen indirekt zu verdächtigen, ihren im Kampfe befreundeten Kollegen in den Rücken zu fallen?

Wir bitten nach wie vor, den Jargon von den Vertrieben fernzuhalten, auf keinen Fall aber auf die ständigen Annoncen in bürgerlichen Zeitungen hinzuweisen. Verband der Kupferschmiede. Bismarck Berlin.

Zur Bewegung der Fleischer. Ueber die Sperre, welche über den Fleischermeister Otto Garbisch, Lange Straße 57, verhängt ist, regt sich die „Allgemeine Fleischerzeitung“ auf. Die „Dunkelmänner“, die das herausgegebene Flugblatt geschrieben haben, sollen nach ihr vor die Schranken des Gerichts gezogen werden. Warum die Flugblattschreiber vor die Schranken gezogen werden sollen, verschweigt das Blatt wohlweislich. Was auf diesem Flugblatt steht, ist die volle Wahrheit. Garbisch war jahrelang, und zwar bis zur Eröffnung seines Geschäftes, Vorstandsmitglied des goldenen Fleischergefellensbundes. In ihrer Zeitung stellen die gelben Führer die organisierten Arbeiter als Feinde und Feilscher hin. Diese gelben Hausmeister sollten es aber dann auch verschmähen, die Groschen der organisierten Arbeiter entgegenzunehmen. Aber das ist durchaus nicht der Fall. Herr Garbisch erklärt, wie uns mitgeteilt wurde, lieber sein Geschäft schließen zu wollen, als den Tarif mit der Organisation abzuschließen. Das ist genug gesagt.

Die Polizei zeigt sich bei dieser Gelegenheit natürlich auch wieder von der bekannten Seite. Ein Fleischer, der nicht das geringste verschuldet, wurde verhaftet, so daß das Publikum fragte: „Ja, was hat denn dieser Mann gemacht? Hat der gestohlen?“ Einige andere Arbeiter, die in der Lange Straße, jedoch nicht vor dem Geschäft des Herrn Garbisch standen (nirgends, auch nicht vor dem Laden des Garbisch war ein Aufsatz), wurden durch Anbrochung der Verhaftung gezwungen, weiterzugehen. Wenn unter solchen Umständen Aufläufe zustandekommen, sind nur die Schulden mit ihrem wenig geschickten Auftreten schuld daran. Die Tarifkommission.

### Deutsches Reich.

Einen Kampf gegen das Koalitionsrecht führt die Geschäftsleitung der Tintenfabrik Leonhardt in Loschwitz bei Dresden. Den Herren Leitern, die alle stramme Militärvereiner sind, und die gelegentlich auf den Kriegervereinsfesten nicht genug über den Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft jähren können, will es nicht in den Kopf, daß die Organisation auch in dem bisher vorwiegend schwarzen Betrieb in welchem Militärvereiner und

Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins die Hauptrolle spielen, Fuß gefaßt hat. Flugs hat man den Plan gefaßt, jeden, der auch nur im Verdachte steht, dem Verband anzugehören, Gelegenheit zu haben, darüber nachzudenken, auf welcher Seite wirklicher Terrorismus geübt wird. Als im Jahrgang des Verbandes eine Notiz über schwere Mißstände erschien, entlich man die mutmaßlichen Verfasser derselben, deren WiederEinstellung durch die sofort eingeleiteten Verhandlungen nicht erreicht werden konnte. Mittlerweile hat man weitere 4 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen entlassen; weitere Kündigungen sind vorgelesen. Die Geschäftsleitung lehnt jede Verhandlung ab, erklärt aber den Leuten, die nach dem Grunde der Entlassung fragen, daß es die Folge der gewerkschaftlichen Betätigung sei. Die Firma Leonhardt stellt neben Tinten aller Art auch Farbänder her. Wir bitten das zu beachten, und gegebenenfalls Erläuterungen im Verband der Fabrikarbeiter, Dresden, Rügenbergstr. 8 III, einzusuchen. — Arbeiterfreundliche Blätter bitten wir um Abdruck.

### Ausland.

### Streik der städtischen Angestellten in Leeds.

Die städtischen Arbeiter von Leeds sind in den Ausnahmestunden. Der Ausnahmestunden, der ganz plötzlich gekommen ist, droht einen großen Umfang anzunehmen. Bereits gestern kam es zwischen der Polizei und den Streikenden zu Zusammenstößen. Die in den Ausnahmestunden Straßenbahnangestellten griffen die Straßenbahnwagen an, die noch in Betrieb waren und jetzt von der Stadtverwaltung mit freiwilligen Führern, meistens Bureauangestellten, besetzt sind, die als Führer fungieren. Man sah u. a. einige Straßenbahnfahrer mit vornehmen Hüten und eleganten Kleidern. Auch von den drei Gasanstalten der Stadt liegen zwei vollständig still. In der dritten Gasfabrik arbeiten ebenfalls nur freiwillige, aus der Stadt sich meldende Kaufleute oder Angestellte usw. Die Elektrizitätswerke können auch nur durch Einstellung Freiwilliger in Betrieb erhalten werden. Die Polizeimacht ist sehr verhärtet worden, da man glaubt, daß die Streikenden die Freiwilligen und Streikbrecher angreifen wollen. Die Stadtverwaltung hat mitgeteilt, daß sie absolut nicht nachgeben werde. Sie ist vielmehr damit beschäftigt, andere Arbeiter von auswärts heranzuziehen. Infolge des Mangels an Gas herrscht in vielen Häusern fast vollständige Dunkelheit. Um einigermaßen Licht zu schaffen, behält man sich mit Kerzenlicht. Ein einziges Geschäft verkaufte in der Zeit von einer Stunde den gesamten Vorrat an Kerzen, annähernd 15 000 Stück. Da ferner vielfach wegen Mangels an Gas nicht gelocht werden konnte, so haben sich die meisten Leute mit Spirituslochern versehen. Es macht sich auch bereits Mangel an Spirituslochern und Brennspritus bemerkbar.

### Ein Streik von Strafgefangenen.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist in Irutsk unter den Häftlingen des Strafgefängnisses ein Streik ausgebrochen, wie er auch in Russland noch nicht dagewesen ist. 250 Mann, die in den Werkstätten arbeiteten, traten wegen schlechter Behandlung eines Sträflings durch die Aufseher in den Ausnahmestunden. Ein Teil der Streikenden hungert. Es wurde die Polizei requiriert, die eine körperliche Bückung aller feiernden Straf-Linge in Aussicht stellte, jedoch ohne Erfolg. Der Gouverneur fragte im Ministerium an, welche Zwangsmaßregeln er ergreifen soll.

### Wirtschaftlicher Wochenbericht.

### Dividendenzugang einer Großbank.

Von allen Aktienunternehmungen sind die Großbanken am wenigsten Schwankungen der Rentabilität ausgesetzt. Die Höhe der von ihnen gezahlten Dividenden ändert sich von Jahr zu Jahr durchschnittlich so wenig, daß die Aktien dieser Unternehmungen fast den Charakter von festverzinslichen Wertpapieren annehmen. Da auch die Kurse der Großbank-Aktien wenig zu schwanken pflegen, sind von dem Besitzer solcher Aktien auch beim Verkauf keine nennenswerten Verluste oder Gewinne zu erwarten. Der Besitz einer Großbank-Aktie bietet im allgemeinen dieselbe Sicherheit auf eine gleichbleibende Verzinsung, wie die Hergabe von Depositen (Spareinlagen) an die Depositen-Abteilung einer Großbank; bekanntlich ist eine Spareinlage bei einer Großbank eine ebenso sichere Kapitalanlage, wie die Einlage bei den öffentlichen Sparkassen oder der Eisen- und Kommunalpapieren. Was die Rentabilität von Großbank-Aktien anbetrifft, so geht sie mehr noch als bei großen industriellen Unternehmungen stets parallel mit der „landesüblichen“ Verzinsung, dem allgemeinen Zinsfuß. Die tatsächliche Verzinsung (das Verhältnis von Kurs und Dividende) deckt sich fast immer vollkommen mit dem offiziellen Zinsfuß der Reichsbank. Die gewaltigen Kapitalansammlungen, wie sie in dem Aktienkapital, den Reserven und den Depositen (Einlagen von Sparern) vorliegen, bieten ein solches Risiko gegen Verluste und sichern den Großbanken eine solche Herrschaft im Wirtschaftsleben, daß selbst größere Verluste bei den Aktionären gewährte Dividende nicht zu schmälern pflegen. Die Aufstellung des Gewinnes und die Bemessung der Dividende geschieht allerdings bei den Großbanken stets so vorsichtig, daß jährlich große innere Rücklagen gemacht und stille Reserven angelegt werden können. Diese heimlichen Reservefonds dienen dann bei Bedarf zur Deckung von Verlusten. Um nur eins der bekanntesten Beispiele dafür zu wiederholen: im vergangenen Jahre schrieb die Deutsche Bank für Terrainbeteiligungen fünf Millionen ab, ohne daß diese Verluste auch nur in der Bilanz in Erscheinung traten. Selbst den Schwankungen der Konjunktur widerstehen die Großbanken noch besser standzuhalten, als die großen Unternehmungen der Schwerindustrie. Ein Konjunktur kann in stillen Jahren seinen Betrieb nicht beliebig einschränken; es bleibt immer an technische Anlagen gebunden. Die Finanzoperationen einer Großbank kennen solche betriebstechnischen Einschränkungen, die immer Verluste mit sich bringen, nicht. Selbst in und nach Krisenjahren geht die Dividende von Großbanken selten zurück.

Eine Sonderstellung hinsichtlich der Rentabilität unter den Großbanken nimmt seit einigen Jahren der A. Schaaffhausen'sche Bankverein in Köln-Berlin ein. Der Schaaffhausen'sche Bankverein wurde 1848, durch Umwandlung eines Kölner Privatbankhauses in eine Aktiengesellschaft, gegründet und war zugleich die erste in Preußen konfessionelle Privatbank ohne Kotenausgabe. Schaaffhausen pflegt besondere Beziehungen zur rheinischen Industrie und hat erst spät (im Jahre 1891) durch eine Zweigniederlassung in Berlin ihre Geschäftstätigkeit über das ursprüngliche Gebiet hinaus in Mitteldeutschland erweitert. Diese Ausdehnung ist dem Bankverein aber nicht dauernd von Vorteil gewesen. Gerade durch die Teilnahme am Berliner Bau-Hypothek- und Terraingeschäft sind ihm in den letzten Jahren erhebliche Verluste entstanden. Von 1904 bis 1909 unterhielt der Bankverein mit der Dresdener Bank eine Interessengemeinschaft, nach der die Geschäfte beider Institute gemeinsam geführt und die erzielten Reingewinne im Verhältnis des jeweiligen Aktien- und Reservekapitals geteilt wurden. Die Trennung von der Dresdener Bank scheint auf die Lage des Schaaffhausen'schen Bankvereins ebenfalls ungünstig eingewirkt zu haben. In den letzten Jahren hat dann die Krisis auf dem Berliner Baumannt, an dem der Bankverein durch Finanzierung zahlreicher Bau- und Terraingeschäfte beteiligt ist, dem Bankverein große Verluste gebracht. Im Jahre 1911 hat der Bankverein 7½ Proz. Dividende gezahlt. Im folgenden Jahre mußte er diesen Satz auf 5 Proz. ermäßigen. Ende 1912 war der Kurs der Aktien

auf 114 gefallen gegen 136 im Jahre 1911 und 142 im Jahre 1910. Zurzeit haben die Aktien nur einen Kurs von 102.

Obgleich der Bankverein im Jahre 1912 auf Berliner Grundstücksgeschäfte etwa 2 Millionen Mark hatte abschreiben müssen, sieht er sich in diesem Jahre zu neuen buchmäßigen Herabsetzungen seiner Anlagewerte gezwungen. Etwa 13½ Millionen werden diesmal die Abschreibungen erfordern. Ein Spezialreservefonds in Höhe von mehr als 9 Millionen Mark soll für diesen Zweck völlig aufgebraucht werden. Ferner wird die Dividende um weitere 2 Proz. auf 3 Proz. herabgesetzt werden, was bei einem Aktienkapital von 145 Millionen für die Aktionäre einen Einbußeertrag von 2,9 Millionen bedeutet. Die Abschreibungen werden so hoch bemessen, daß es sich nicht nur um eine Abtötung der Terrainbeteiligungen handeln kann. Vielmehr scheint die Verwaltung die Absicht zu haben, eine allgemeine innere Festigung des Unternehmens vorzunehmen. Die Abschreibungen sollen zumeist in dem Konto „Annotierte Werte“ vorgenommen werden, worin sich zahlreiche industrielle Papiere befinden. Welche einzelne Posten die Verwaltung dabei entlassen will, wird allerdings nicht bekanntgegeben. Nach dem letzten Jahresbericht hatte der Bankverein unter seinen Aktiven einen Bestand von über 22 Millionen Mark unnotierten, d. h. nicht kurzgängigen, Wertpapieren. Bei den übrigen Großbanken mag der Besitz an solchen Papieren nicht geringer sein, aber dort ist er schon früher stark abgeschrieben worden. Der Bankverein hat dagegen diese Papiere wahrscheinlich bisher zum Ankaufwert in die Bilanz eingestellt. Ein Konjunkturrückgang wirkt nun gerade auf die kleineren Unternehmungen, deren Aktien nicht zum Börsenhandel zugelassen sind, ungünstig ein. So haben im laufenden Jahre die Anteile (Kuxe) von Bergwerksunternehmungen eine starke Entwertung erfahren. Auch die zum Börsenhandel zugelassenen Papiere, deren Kurse offiziell notiert werden, haben bekanntlich seit der Eröffnung des Weltkrieges einen starken Kursrückgang erlitten.

Die Verwaltung des Bankvereins scheint die Absicht zu haben, nicht nur eine innere Reinigung ihrer Konten vorzunehmen, sondern auch die Geschäftstätigkeit enger zu begrenzen. Es verlautet, daß der Bankverein sich mehr auf die rein banktechnische Tätigkeit zurückziehen will. Ohne das Berliner Gebiet ganz aufzugeben, ist doch geplant, wieder das Arbeitsfeld im Rheinland zu bevorzugen.

Bei der Veröffentlichung des Geschäftsberichts für 1912 im nächsten Frühjahr werden sich aus den fertigen Mitteilungen und der Bilanzstellung weitere Angaben über die Gründe und die Einzelheiten des finanziellen Rückgangs machen lassen. Daß eine Großbank, die in Deutschland an fünfter Stelle steht, innerhalb von zwei Jahren eine Dividendenreduktion um 4½ Proz. (von 7½ auf 3 Proz.) vornimmt, ist jedenfalls ein außergewöhnlicher Vorgang, der der Verwaltung Veranlassung geben sollte, der Öffentlichkeit weitgehendere Auskunft zu geben, als die Geschäftsberichte es zu tun pflegen.

### Jugendbewegung.

### Polizeikampf gegen die pommerische Jugendbewegung.

Der pommerische Bezirksjugendausschuß hatte in den letzten Tagen in mehreren Orten der Provinz Jugendtagungsversammlungen veranstaltet, in denen über die wahren und falschen Freunde der Arbeiterjugend gesprochen werden sollte. Fast in allen Orten hatten die Gegner zur gleichen Zeit „nationale“ Jugendversammlungen einberufen oder durch andere Veranstaltungen versucht, die jungen Leute von den Arbeiterjugendversammlungen fernzuhalten. Wo ihnen dies nicht recht gelang, versuchten sie die letzteren durch Polizeigewalt auseinander zu sprengen. In Torgelow war die Polizeimacht des Ories, geführt von dem Amtsvorsteher, vollständig zur Jugendversammlung anmarchiert. Schon vor Beginn der Versammlung erklärte der Amtsvorsteher, daß er dieselbe eigentlich für eine politische halte, da Einberufer und Redner Sozialdemokraten seien. Und als der Redner nun im Verlauf seiner Ausführungen das Gesetz zum Schutze jugendlicher Arbeiter kurz und völlig unfreundlich kritisierte, erklärte der Herr die Versammlung für eine politische und verlangte die Entfernung der Jugendlichen. Schnell gefaßt, berief der Vorsitzende für die nächsten 10 Minuten eine neue unpolitische Jugendversammlung ein, und, da der Amtsvorsteher selbst demontriert hatte, wo die falschen Freunde der Arbeiterjugend sitzen, zeigte der Referent nun den kulturellen Wert der Arbeiterjugendbewegung und gewann so die Erschienenen für seine Sache.

In Stolp, wo man erst in diesen Tagen für die „nationale“ Jugendbewegung eine laufende Ausgabe von 1500 Mk. in den Stadtcassette einstellte, hatte man ebenfalls ein starkes Polizeiaufgebot gegen die Arbeiterjugendversammlung aufgestellt. Fünf Fidele hauben zählte man im Versammlungssaal, mehrere standen vor dessen Eingängen und eine naheliegende Restauration schien zu einer fliegenden Polizeiwache umgewandelt. Das ließ vermuten, daß die Polizei etwas im Schilde führte. Und in der Tat; als dem Referenten das Wort erteilt werden sollte, erhob sich der Ueberwachende und verkündete, daß seine vorgelesene Behörde die Versammlung als eine politische betrachte und die Entfernung der Jugendlichen verlange. Einige Genossen eilten zum Ersten Bürgermeister, um eine Aufhebung der ungeschlichen Polizeimahregel zu erlangen, der aber sah an seinem Stammtisch und war deshalb für die Interpellanten nicht zu sprechen. Als nun die erwachsenen Arbeiter sich mit ihren Kindern und deren Freunden um die Tische gruppierten, um mit ihnen zwanglose Unterhaltung zu führen, wurden die verfügbaren Polizeimannschaften in den Saal gerufen und dieser zwangsweise geräumt. Und als sich in den Restaurationssälen des Lokals ein paar erwachsene Arbeiter mit Jugendlichen zusammensehen, pflanzten sich hinter ihnen die Fidele hauben auf, damit nur ja nichts Umstürzlerisches berabredet werde. So bewies die Stolper Polizeibehörde den Arbeitern, daß sie mit brutaler Macht in ihre Erziehungsrechte eingreift, als seien sie moralisch minderwertige Personen.

Derartige Vorgehen erbittert aber die Alten ebenso wie die Jungen, und so wird auch in Kommern diese brutale Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterjugendbewegung gerade das Gegenteil von dem gemollten Zweck erreichen!

**Santa Lucia**  
Starkungs  
Rotwein  
Kauflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessengeschäften  
Flasche 150 u 21 Mk  
Nachahmung ist strafbar

**Vorjährlige Ulster und Anzüge**  
von 25 bis 60 M.  
**Gehrock - Anzüge**  
**Smokings auf Seide**  
**Billige Hosenwoche.**  
Versandhaus „Germania“  
Unter den Linden 21.  
Sonntag bis abends geöffnet.

**Knaben- und Jünglings-Garderobe**  
Großes Lager in jeder Ausführung, nur eigene Anfertigung.  
zu sehr billigen Preisen.  
Herrn-Garderobe nach Maß  
Karl Mustadt, Koppenstr. 88, part. 1.  
2 Minuten vom Schief. Bahnhof.



Gegründet 1904

**Pelz-**  
warch  
Engros - Export  
**S. Schlesinger**  
Neue Königstr. 21  
(Ordoanahaus)

Kein Laden!  
II. Etage

**Einzelverkauf**  
wie alljährlich zu billigen Preisen  
**Pelzstolas - Muffen**  
Reparaturen prompt und sauber  
Bitte genau auf 21 an  
Hausnummer 21 achten  
sonntag von 12-2 Uhr geöffnet

**1 Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
Lieferung elegant

**Herren-Moden**  
fertig und nach Maß!

**Julius Fabian**  
Schneidermeister

Gr. Frankfurter Str. 37, II  
Turmstr. 18, I, kein Laden  
Kottbuser Strasse 14, nur  
**2. Etage.**

Vorsieger dieser Annonce  
erhält 5 Prozent  
Rabatt!

**Bruchbandagen,**  
Lalbbinden, Geradhalter,  
Irrigatoren, Spritzen etc.,  
**Suspensoren,** sowie  
alle Artikel z. Krankenpflege  
empfehlen

**Fabrikant Pollmann,**  
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.  
Eigene Werkstatt. Lieferant für  
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

### Vistokrat Patent-Kneifer



Unsere Erfahrung in der Augen-  
Schrprüfung befähigt uns, Ihre  
Augen mit gewisserhafter Ge-  
nauigkeit zu korrigieren. Wir sind Spezialisten für die aller-  
modernsten Formen in Kneifern und Brillen einschliesslich  
der populären Optal-, Kontorik-, Sanoskop- und Bifokal-  
Gläser. Es soll uns ein Vergnügen sein, Ihnen die überlegenen  
Vorzüge dieser Gläser in dem uns patentierten Vistokrat-  
Finger-Kneifer vorzuführen. Sie werden finden, daß  
Vistokrat-Kneifer mit Sanoskop-Gläsern die aller-  
komfortabelsten und am besten aussehenden Augengläser  
sind, die Sie je gesehen haben.

Kneifer und Brillen mit Optal-Gläsern von **2,50** an  
Theatergläser von M. 6.- Reisegläser von M. 8,50 an  
Barometer, Präzisions-Holosterik von M. 6.- an

### Optiker Ruhnke

Oranien-Str. 44  
Friedrich-Str. 180  
Brunnen-Str. 12  
Tauentzien-Str. 15  
Link-Str. 1

**10 Geschäfte**  
Zentrale und  
Versand-Abteilung:  
**Berlin C. 19**  
Wall-Str. 1

Am Alexander-Platz  
Chaussee-Str. 72  
Friedrich-Str. 150  
Am Spittelmarkt  
Unter den Linden 20

### H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

**Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.**  
Zigarren - Zigarettens - Rauchtabelle.  
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.  
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma  
**F. J. Burrus St. Kreuz**  
Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.  
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.  
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

**W. Zapel**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131  
Größtes Spezial-Geschäft  
für Seiden- und Filzhüte.  
Lager in Schirmen und Mützen.

## Das schönste Weihnachtsgeschenk

für den, der es liebt, seine Räume schön und  
geschmackvoll auszustatten, sind unstreitig die

## Glühkörper-Gaskamine

Sie erhöhen durch ihr gediegenes Aussehen  
nicht nur den künstlerischen Eindruck der  
Räume, sondern stellen auch eine vollkommen  
hygienische Heizungsart dar. In mit ihnen  
beheizten Zimmern wird man immer eine  
angenehme, frische Luft und stets warme  
Füße haben. Diese Gaskamine lassen sich  
ohne Schwierigkeiten in vorhandene Holz-  
oder Kohlenkamine einbauen; sie machen  
jedoch auch ohne jeden weiteren Umbau  
einen gediegenen, gefälligen Eindruck. Ihre  
Aufstellung ist daher nicht kostspielig. Die  
Preise der Kamine sind mässig.

Man besichtige die Glühkörper-Gaskamine in den Ausstellungsräumen  
Berlin SW. 68, Kochstrasse 18 (nahe der Friedrichstrasse) oder verlange näheren  
Aufschluss, Drucksachen, Abbildungen usw. von der Vertriebsabteilung der  
Gasgesellschaft, Berlin S. 42, Gitschiner Strasse 19.

### Ausstellung und Verkauf von Gasapparaten:

Berlin SW 68, Kochstrasse 18  
C 19, Scharrenstrasse 11-13  
Schöneberg, Oledtschstrasse 47  
Akazienstrasse 28  
Wilmerdorf, Berliner Strasse 36  
Steglitz, Schlossstrasse 121

Tempelhof, Berliner Strasse 152  
Weissensee, Berliner Allee 241  
Nieder-Schönhausen, Bouthstrasse 9  
Ferner von Ende Dezember ab:  
Zehlendorf, Rondelstrasse 8

## Das angenehmste Weihnachtsgeschenk für jede Hausfrau

## Zentrale Warm- wasserversorgung

durch mit Gas geheizte Warmwasser-  
apparate. Sie sind in jedem Hause - auch  
nachträglich noch - leicht anzubringen.  
Diese Apparate haben den grossen Vorzug,  
dass sie das Wasser völlig automatisch  
erhitzen, keiner Bedienung bedürfen, auch  
keinen Schmutz verursachen und stets  
gleichmässig warmes, unbedingt sauberes  
und frisches Wasser liefern, das unbedenk-  
lich für alle Zwecke des Haushaltes Ver-  
wendung finden kann.

Wegen näherer Auskunft, kostenlosem Ingenieurbesuch, Kostenanschlägen und  
Zusendung einschlägiger Druckschriften wende man sich an die Vertriebs-  
abteilung der Gasgesellschaft, Berlin S. 42, Gitschiner Strasse 19.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 4860-4867.

# Leiser's Gummi-Schuhe

Garantie für jedes Paar



Echte Harburger

Herren: **4,25**  
mit Lasche: **5,00**

Damen: **2,95**  
mit Lasche: **3,50**

Röntg-Strasse 34  
Leipziger Strasse 65  
Oranien-Strasse 34  
Müller-Strasse 3a  
Moabit: Turm-Strasse 50

Taentzien-Strasse 20  
Oranien-Strasse 47 a  
Friedenau, Rheinstr. 14  
Neukölln, Bergstr. 7/8  
Turm-Strasse 50

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Potersburger Viertel, Bezirk 357.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Töpfer  
**Ignatz Zydel**  
Eidenatz Str. 27  
gestorben ist. 218/19  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mittwochs-  
nachmittag 3 1/2 Uhr von der Halle  
des Central-Friedhofes in Fried-  
richsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Eichwalde.  
Am Freitag, den 12. Dez., ver-  
starb unser Mitglied, der Schlosser  
**Ernst Zimmermann**  
im Alter von 23 Jahren an Lungens-  
leiden.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 16. Dez., nachm.  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gemeinde-Friedhofes in Eich-  
walde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**  
Treffpunkt für die Mitglieder  
3 Uhr bei Otto Gräßhoff, Bahn-  
hoffstraße. 203/10

**Zentralverband der Zimmerer**  
Deutschlands.  
Zahlstelle Berlin und Umgegend,  
Bezirk 20.  
Den Berufsgenossen zur Nach-  
richt, dass unser Mitglied  
**Karl Schulz**  
am 13. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 16. d. Mts., nach-  
mittags 2 Uhr, von der Halle des  
weißen Schöneberger Friedhofes  
(Bianke Höhe) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
254/16  
**Der Vorstand.**

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Unseren Mitgliedern zur Nach-  
richt, dass der Kollege  
**Nikodemus Czainekai**  
(Berl. Postverwaltung, Kreuzberg)  
im Alter von 65 Jahren ver-  
storben ist. Wir werden ihm ein  
ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 17. Dezember, nachm.  
1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Matthäus-Friedhofes in Südende  
aus statt. 36/7  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Schlosser  
**August Meinfeld**  
Hagenbergerstr. 26, am 13. d. Mts.  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 17. Dezember, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedrichshagen Friedhofes  
aus statt.  
Rege Beteiligung erbeten!  
131/12  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer etc.**  
Filiale Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Maler  
**Karl Muschalowitz**  
am Dienstag, den 9. Dezember,  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
133/7  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Neukölln.  
**Nachruf.**  
Am 11. Dezember verstarb unser  
Parteigenosse  
**Paul Krüger**  
Gmser Str. 90. 14. Bezirk.  
Ehre seinem Andenken!  
209/1  
**Der Vorstand.**

Am Sonntag, den 14. Dezember,  
verstarb nach langem, schwerem  
Leiden mein lieber Mann, unser  
guter Vater, Bruder, Schwager  
und Onkel, der Uhrmacher  
**Oskar Seidel**  
im 46. Lebensjahre.  
Im Namen 2086  
der trauernden Hinterbliebenen  
**Anna Seidel geb. Kimmick**  
und Kinder  
Neukölln, Prinz-Handjerystr. 90.  
Die Beerdigung findet morgen  
Mittwoch, den 17. Dezember, nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Neuköllner Friedhofes,  
Radicendorfer Weg, aus statt.

Für die liebevolle Teilnahme  
und die zahlreichen Kranzpenden  
anlässlich des Heimgangs meines  
lieben Mannes und Vaters, des  
Gastwirts  
**Hermann Kabelitz**  
sage allen Freunden und Be-  
sannnten meinen herzlichsten Dank.  
**Anna Kabelitz**  
und Kinder.  
296/12

Am 13. d. Mts. entschlief sanft  
meine liebe Frau, unsere gute  
Mutter  
**Klara Stolz.**  
Dies teilen tiefbetrubt mit  
**Heinrich Stolz nebst Kindern.**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwochnachmittag 1 1/2 Uhr auf  
dem städtischen Friedhof in der  
Seelstraße statt. 297/6

**Allgemeine Ortskrankenkasse**  
für  
**Berlin-Tempelhof**  
**Bekanntmachung**  
betreffend Auswahlgewahlen.  
Was den Reihen der Berechtigten  
ist nur ein Wahlvorschlag ein-  
gegangen.  
Es gelten daher die Vor-  
geschlagenen als Auswahlgewähl-  
te.  
Die Liste enthält 30 Vertreter,  
60 Ersatzleute, beginnt mit dem  
Namen Decker und endigt mit dem  
Namen Fischer.  
Die für den 29. Dezember er-  
anderte Wahl findet daher  
nicht statt.  
Von den Arbeitgebern sind zwei  
Listen eingegangen. Liste I eingerichtet  
durch Herrn Buchdruckermeister Karl  
Schmülling, Liste II durch Herrn  
Installateur Gustav Thielicke.  
Die Wahlen für die Arbeit-  
geber finden daher, wie an-  
gegeben, am 30. Dezember cr.  
von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr  
nachmittags statt. 301/15  
Der Vorstand  
der Allgemeinen Ortskrankenkasse  
für Berlin-Tempelhof,  
(ges.) Albert George, 1. Vorsitzender.

**Spezialarzt**  
i. Haut-, Horn-, Frauenleiden,  
nerz, Zahnache, Weintränke jeder  
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in  
u. Co. ions  
Reborat. |  
Blut-  
untersuchung, Fäden i. Horn u. w.  
gegenüber  
**Dr. Homeyer**  
Friedrichstr. 81, gegenüber  
Spt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

**Total-Ausverkauf!**  
Herren-  
Anzug-  
Ulster-  
Stoffe **2,25** an  
von  
Goltzstraße 42.

**Achtung! Buchdrucker!**  
Unorganisierte Handscher, Maschinenscher,  
Maschinenmeister und Schweizerdegen werden  
in Berliner Tageszeitungen nach außerhalb  
von einem Herrn Koch in Nieder-Schönhausen  
gesucht.  
Die Kollegen sollen dazu gemißbraucht  
werden, unseren um Besserung ihrer Lohn-  
und Arbeitsbedingungen kämpfenden Kollegen  
in Oesterreich in den Rücken zu fallen. Es  
ist also Ehrenpflicht jedes Kollegen, unter  
keinen Umständen Stellung nach Oesterreich  
anzunehmen. 1296D  
**Der Vorstand**  
des Vereins der Berliner Buchdrucker  
und Schriftgießer.

**Zentral-Verband der Töpfer**  
und Berufsgenossen Deutschlands.  
Filiale Groß-Berlin. 103/8  
**Achtung! Töpfer!**  
Die Auszahlung der allgemeinen Weihnachtunterstützung erfolgt am  
nächsten Freitag, den 19. Dezember, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15,  
Saal 3, und zwar für die Bezirke:  
Gesundbrunnen und Schöneberg . . . . . vormittags von 9-10 Uhr  
Schönhäuser Vorstadt und Weißensee . . . . . 10-11  
Wedding und Südost . . . . . 11-12  
Osten und Zentrum . . . . . nachmittags 2-3  
Moabit, Steglitz, Lichterfelde und Char-  
lottenburg . . . . . 3-4  
Neukölln und Panow . . . . . 4-5  
Lichtenberg, Köpenick, Friedrichshagen,  
Reinickendorf, Tempelhof und Wa-  
riendorf . . . . . 5-6  
Zu Bescheidende, die an diesem Tage in Arbeit stehen, erheben ihre  
Unterstützung an diesem Abend von 5-1/2 Uhr. **Der Vorstand.**

**Phänomen**  
Cigaretten  
Passendes  
Weihnachts-  
Geschenk.

**Teilzahlung**  
Wochenrate von **1 M.** an  
Vornehme  
**Herren-Ulster**  
**Paletots, Anzüge**  
fertig und nach Mass  
**J. Kurzberg**  
Mass-Schneiderei  
Rosenthaler Str. 36  
Frankfurter Allee 104  
Reinickendorfer Str. 4

**PILSATOR**  
EIN GUTER TRUNK  
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE  
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Biphons  
**BÖHMISCHES BRAUHAUS**  
NO 18. Teleph.: Amt Köntzstadt 3088, 4088/90

**Friedr. Stabenow**  
Berlinerstr. 146  
Charlottenburg  
Reparaturen preisw. u. gut. Berlin u. Umgegend

**Eile zu Weile**  
Spezialhaus für Pelzwaren  
Berlin S., 119 Dresdener Str. 119  
am Oranienplatz.  
**1000 Pelzstolas**  
Schals, Colliers, Muffen nur prima  
offiziere ich infolge günstiger  
Abschlüsse  
zu hervorragend billigen Preisen.  
Echt Skunks-Stola . . . von 85 M. an  
Nerzmurmelt-Stola von 13,50 M. an  
mit Köpfen und Schweifen  
Alaska-Frechs-Imitation . . . 7,50 M.  
Marder, Nerz, Persianer,  
Opopsum, Biber, Iltis etc.  
in allen modernen Formen stets  
am Lager.  
**Bitte eile zu Weile**  
Dresdener Str. 119 zu achten.  
Jedermann erhält die im Fenster  
ausgestellten Gegenstände sofort  
für den bezeichneten Preis.  
Sonntags 12-8 geöffnet.

**Beste Bezugsquelle**  
**Auf Teilzahlung!**  
Herren- und  
Damen-Uhren,  
Standuhren,  
Frischwe,  
Ketten,  
Ringe,  
Brotschen,  
Ohrringe, Armbänder,  
Grammophone, Pathé-Apparate, Platten  
Zithern, Spieldosen, Harmonikas, Man-  
dolinen, Geigen, Christbaumständer,  
Fahrräder usw.  
**Jahre & König**  
O. Warschauer Str. 68  
N. Invaliden-Strasse 7  
SO. Grünauer Str. 10

**Blumen- und Franzbinderer**  
von Robert Meyer,  
Jub.: P. Gollets  
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346  
**Spezialarzt**  
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden -  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Mäßige Preise. 283/5  
**Dr. med. Wockenfuß**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
Sprechst. v. 8-8. Sonntags 8-10.

**Oskar Wollburg**  
Trauer-Magazin  
Berlin N., Brunnenstraße 56.  
Große Auswahl in schwarzer  
Konfektion; auch einz. Röcke,  
Blusen, Hüte etc. Anfertigung  
nach Maß in 12 Stunden.  
Änderungen sofort.

**Brauerei**  
sucht Restauration zu mieten, feibige  
beliebt auch Restaurationen etc. gegen  
Abnahme von Bier. Offerten unter  
H. T. 7431 an Haasenateln & Vogler,  
A.-G., Berlin W. 8. 254/14

**Diese Woche**  
enorm billiger Verkauf  
einer großen Partie  
**Echter Perser**  
Teppiche!!  
Kilims!!  
Djidsjims!!  
Gebetsstühle!!  
mit **10%** Rabatt!  
**Teppich-Lefevre**  
Berlin S. Seit 1882 nur  
Oranien-Strasse 158.



Zweckverband Groß-Berlin.

Die Vertreter des Zweckverbandes Groß-Berlin waren nach einer Pause von sechs Monaten gestern wieder einmal zu einer Sitzung zusammenberufen worden.

Die Verbandsversammlung hatte bisher immer noch einen nur einstweiligen Vorstand gehabt, der für jede Sitzung neu ernannt wurde.

Gewählt wurden 24 Mitglieder in den Hauptausschuss, je 18 Mitglieder in die drei Sonderausschüsse für die Geschäftsordnung, für Wahlprüfungen, für Vorschläge, ferner in den Verbandsausschuss an Stelle des ausgeschiedenen Bürgermeisters a. D. Schulz-Vichtersfeld der Bürgermeister Langerhans-Köpenick.

Es folgte die Beratung von drei Straßenbahnvorlagen.

Der Vorort Rosenthal soll Straßenbahnverbindung erhalten. Die Aktiengesellschaft Berliner Elektrische Straßenbahnen will ihre in Berlin an der Mittelstraße beginnende und jetzt in Niederschönhausen an der Plantagenstraße endende Linie bis zum Rosenthaler Bahnhof der Kleinbahn Reinickendorf-Diepenhaude-Groß-Schönebeck verlängern.

In Steglitz und Schöneberg will die Große Berliner Straßenbahn vom Sandbierplatz durch die Bismarck- und Knautsstraße Gleise legen, die an der Saarbrücke das vorhandene Gleisnetz erreichen. Dadurch wird es möglich, die Linie 87 und 61 bis Steglitz zu verlängern, wofür dann Linie 40 bis zum Augusta-Viktoria-Krankenhaus durchgeführt werden soll.

In Charlottenburg wird die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn ihre Gleise vom Ringbahnhof Jungfernhöhe bis zur Reichshausstraße gegen Spandau nahe an die Siemens-Schubert-Werke heran weiterführen. Sie sollen nicht, wie ursprünglich mit Charlottenburg vereinbart war, auf dem Nonnenstamm verlegt werden, sondern auf der neuen Straße 45, die der geradeste Weg ist.

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Polenberg-Charlottenburg wegen des Straßenbahnanschlusses zwischen Sophie-Charlotte-Platz und Reichsfanterplatz und wegen Errichtung von Straßenbahnwartehallen erwiderte Verbandsdirektor Feiniger: Dem Bau des Anschlusses steht vom Verband nichts im Wege.

Die Verbandsversammlung stimmte dem Vertrag über die ihr vorgelegten Erweiterungsprojekte zu. Beabsichtigt ist auch, am Spandauer See die Charlottenburger Gleise mit denen der Straßenbahnen von Spandau zusammenzuschließen und eine Linie Neukölln-Berlin-Charlottenburg-Spandau-Stadtpark zu schaffen.

Ortskrankenkasse Niederbarnim - Herzleitrek.

Auch dem Versicherungsamt Niederbarnim ist es nicht gelungen, mit den Ärzten einen Vertrag abzuschließen, der den kranken Kassenmitgliedern der neuen Kasse ärztliche Behandlung sichert. Die kassenärztliche Vereinigung im Kreise Niederbarnim erklärt in Nr. 150 des Niederbarnimer Kreisblatts vom 14. Dezember dieses Jahres eine Bekanntmachung des Inhalts, daß vom 1. Januar 1914 ab die Mitglieder verpflichtet sind, die Behandlung und Begutachtung der bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim Versicherten nur nach den örtlichen Sätzen der Privatpraxis (Wesuch 3 W. beziehungsweise 2 W., Beratung in der Sprechstunde 2 W. bezw. 1,50 M., Kranfenscheine 2 W.) zu gewähren.

Aus diesem Vorgange ist aber auch zu ersehen, welche gewaltige Arbeitsleistung dem neuen Ausschuss und Vorstand der Kasse verbleibt und daß alles darangelegt werden muß, die am 4. Januar stattfindenden Wahlen zu einem für die Versicherten günstigen Abschluß zu bringen. Die Wahlvorschläge müssen bis 21. Dezember 1913 beim Versicherungsamt eingereicht sein.

Partei-Angelegenheiten.

Zehlendorf-Wannseebahn. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in Mietsch Gesellschaftshaus, Karlsruh 12: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: „Gegen die Säbelherrschafft in Baden.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Rosenthal. Die heute fällige Mitgliederversammlung fällt aus.

Berliner Nachrichten.

Die Reklamemarken-Epidemie.

Sammeln kennt keine Grenzen. Hat das Sammeln einen belehrenden Zweck, so ist das gewiß eine schöne Sache. Unseren Museen, Gemäldegalerien, Bibliotheken mit ihrem ungeheuren Kulturwert sind ja auch nur ein Produkt des Sammelns. Leute, die über viel totzuschlagende Zeit und daneben über das nötige Kleingeld verfügen, sammeln aber auch alte Uniformen, Briefen und alte Stiefel, Porzellan und Kinderpuppen, Autogramme und ähnlichen Krimskrasms. Wie die Sammelmacht oft weit über ein vernünftiges Ziel hinauschießt, beweist die Jagd nach deutschen Briefmarken mit seltener Zahlenkomposition. Diese Briefmarken haben lediglich Liebhabervert, aber Tausende drängen und stoßen sich zeitweilig vor den Postämtern, um den ersehnten Poststempel zu ergattern. Tausende sind angetockt von der Suggestionskraft einer sinnlosen Mode und machen einen Kummel mit, für den die Zeit wahrlich besser angewendet werden könnte. Das Sammeln von Postkarten, das vor Jahren alle Welt ergriffen hatte, ist inzwischen stark abgeflaut. So mußte etwas Neues, das aus der Norm fällt, erfunden werden: die Reklamemarke. Nicht nur unsere Schuljugend ist auf die bunten Dinger, die Privat- und Geschäftsbriefen aufgestellt werden, erpicht. Auch Lehntausende von Erwachsenen beteiligen sich an diesem neuesten Sammelport. legen ganze Bücher mit Reklamemarken an und feilschen um die Bilderchen an einer regelrechten Börse, die von der spekulativen Jugend in Schöneberg unter freiem Himmel etabliert ist.

Ein talentvoller Polizeihund.

Von den Leistungen der Polizeihunde wird allerlei bekannt, wonach man sich ihre Brauchbarkeit ein Urteil bilden kann. Die Polizei hat begreiflicherweise den Wunsch, daß ihre Hundestruß nicht etwa bloß als Sport eingeschätzt wird, der zwar viel Geld kostet, aber zur Aufdeckung von Verbrechen wenig beiträgt. Darum sorgt von Zeit zu Zeit sie selber dafür, daß Mitteilungen an die Presse gelangen, die über Erfolge von Polizeihunden berichten. Im „Vorwärts“ ist aber aus der Arbeit der Polizeihunde und der sie führenden Polizisten auch schon manches geschliffert worden, was die Polizei wohl als weniger interessant für die Öffentlichkeit ansah und daher für sich behielt.

In einer an der Schlitz-Allee gelegenen Laubkolonie wurde ein Diebstahl verübt, wobei Hühner und Kaninchen erbeutet wurden. Zur Ermittlung des Spitzbuben erschienen auf dem Gelände der Kolonie ein uniformierter Schutzmann und ein Kriminalpolizist, die einen Polizeihund bei sich führten, um ihn bei der Diebstahlsuche zu verwenden. Sie durchstreiften zunächst die ganze Kolonie, ohne das es dem auf die Spur gefachten Hund gelang, etwas zu finden. Erst als er an eine benachbarte Kolonie kam, hielt er plötzlich vor einem am Zaun seiner Pargelle stehenden Kolonisten an, den er nun nach allen Regeln der Kunst „verbelte“. Erreut über den Gang eilten die Polizisten herbei, und dem nicht wenig erschrockenen Mann wurde auf den Kopf zugesagt: „Ach, da haben wir jaden Spitzbuben! Weshalb Sie's nur ein, Sie sind's doch gewesen, der Hund hat Sie ja verbelte.“ Der Kolonist, ein Sattler Engmann, beteuerte seine Unschuld und forderte sofortige Durchsuchung seiner Laube, seiner ganzen Pargelle und weiter auch seiner in der Türschmidstraße gelegenen Wohnung. Während die beiden Beamten zunächst zur Durchsuchung der Laube schritten, richtete der eine an den Hund einen ihm zur Mitwirkung anspornenden Zuruf. Den folgte der Hund so auf, daß er mühtend auf Engmann losbrang, ihn mit kräftigen Wunden zusetzte. Was den Polizeihund auf Engmann hatte aufmerksam werden lassen, wurde dann unverzüglich aufgefächert. Auf Engmanns Pargelle fanden sich noch Reste der seiner Laube hingeworfenen Eingeweide von Geflügel, das er geschlachtet hatte. Es waren Eingeweide nicht von Hühnern, sondern von einem Hahn und von zwei Tauben, und die Tiere gehörten nicht dem Bestohlenen, sondern Engmann selber. Für Engmann war ein Pech, daß dem „klugen“ Polizeihund dieser kleine Unterschied nicht bekannt war. Aber warum soll nicht auch ein Polizeihund mal danebengreifen können? Ist es Polizeibeamten nicht schon oft genug passiert, daß sie danebengriffen? Die beiden Beamten, die von dem Hund auf Engmanns

Fährte geführt worden waren, mußten sehr bald den Irrtum einsehen. Durch zweifelsfreie Feststellung des Sachverhalts wurden sie belehrt, daß der Hund ihnen einen Hineinfall bereitet hatte. Sie gaben jetzt kein Bei, und der Kriminalbeamte hat dringend, nichts darüber an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Er versuchte, Engmann wegen des ihm widerfahrenen Schimpfes zu beschwichtigen. Auch erklärte er unaufgefordert sich bereit, die Kosten der ärztlichen Behandlung zu ersetzen, die durch die erlittenen Hundebisse nötig wurde.

Uns scheint sehr wünschenswert, daß eine amtliche Aufklärung darüber, wie die Attacke des Polizeihundes zustande gekommen ist, herbeigeführt und bekanntgegeben wird. In der Zeit der Hundesperre, wo die Polizei selber immer wieder der Bevölkerung von dem Schrecken der Tollwut erzählt, immer wieder den Hund und ihren Besitzern die Qual der Sperre verlängert, sollte man solche Vorkommnisse eigentlich kaum für möglich halten. Trotz der angeblich so überaus gefährlichen Situation, die durch die vereinzelt Tollwutfälle geschaffen sein soll, darf ein Polizeihund ohne Maulkorb umherlaufen, so daß er vor den Augen seines Führers einen Menschen durch Bisse verletzen kann? Von welcher Art muß eine Polizeihundausbildung sein, die derartiges ermöglicht? Und was für ein Polizeihundführer mag das sein, der es zu derartigem kommen läßt? Immer mehr zeigt es sich, daß solche Polizeihunde unter solcher Führung eine öffentliche Gefahr bedeuten.

Ein städtischer Seefischverkauf findet am 23. 25. und 30. Dezember 1913 und am 1. Januar 1914 nicht statt.

Der allgemeine Kirchensonntag.

Gegen die Kirchenflucht soll der Kirchen Sonntag helfen. Die beiden Generalsuperintendenten für Groß-Berlin, Händler und Raafsen, haben die Abhaltung eines allgemeinen Kirchen Sonntags in Anregung gebracht, der am 11. Januar 1914 in allen evangelischen Kirchen Berlins stattfinden soll. Es soll dargelegt werden, was die Gemeindeglieder an der Kirche haben und was sie ihr schulden. Gelsen wird das nicht viel.

Nachdienst bei der Fernsprechermittelungsstelle in Berlin-Regel.

Bei der Fernsprechermittelungsstelle in Berlin-Regel wird vom 15. Dezember ab ununterbrochener Dienst abgehalten werden. Der Nachdienst erstreckt sich auf den Ortsverkehr, den Nachbarortverkehr mit Berlin, Berlin-Nichterfelde, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Derschönebrücke, Berlin-Pankow, Berlin-Reinickendorf (DK), Berlin-Steglitz, Berlin-Tempelhof, Berlin-Weißensee, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln und den Vorortverkehr mit Kottbus, Potsdam, Spandau, Zehlendorf (Wannseebahn), sowie auf den Fernverkehr mit denjenigen zum Tagesverkehr mit Berlin-Regel zugehörigen Orten, an denen während der Nachtzeit Fernsprechermittelungsdienst abgehalten wird.

Der Ausschuss zur Prüfung der Stadtverordnetenwahlen trat gestern Abend zu einer kurzen Sitzung zusammen. Protokolle lagen von keiner Seite vor und so wurden sämtliche Wahlen für gültig erklärt.

Flugzeugbrand in Johannisthal.

In eine gefährliche Situation ist am gestrigen Sonntagvormittag der Flieger Breitbeil in Johannisthal geraten. Breitbeil hatte einen Probeflug auf einem Ago-Doppeldecker gemacht und wollte landen. Dicht über dem Boden spritzte aus dem Bergaser infolge der Särlage des Doppeldeckers Benzin heraus, das sich an dem heißen Motor entzündete. In wenigen Sekunden sprangen die Flammen auf 44 Tragsflächen über und legten die ölgetränkte Leinwand in Flammen. Breitbeil wahrte jedoch seine Kaltblütigkeit, setzte hart auf, so daß die Maschine schon nach wenigen Metern Auslauf zum Halten kam und rettete sich schleunigst durch Abspringen. Es war auch die höchste Zeit, da das Feuer bereits die Führergondel erfaßt hatte. Bald darauf explodierte auch der Benzinbehälter, so daß das Flugzeug fast vollständig vernichtet wurde. Breitbeil kam mit nur geringen Verletzungen davon.

Warnung für Inhaber von Vereinszimmern.

Inhaber von Vereinszimmern seien vor einem Gauner gewarnt, der folgendermaßen vorgeht. Er gibt an, für einen Mandolinenklub, dessen Vorsitzender ein pensionierter Polizeiwachtmeister sei, ein Vereinszimmer zu suchen. Das alte Vereinszimmer befindet sich in der Gartenstraße 40 bei Greulich. Er läßt sich vom neuen Wirt einen Fuhrmann besorgen, um das Inventar abholen zu können. Unterwegs bemerkt er, daß er den Schlüssel vergessen habe und geht dann nach dem neuen Lokal zurück, während er den Fuhrmann beauftragt, in dem Lokal in der Gartenstraße zu warten, bis er zurückkehrt. Dem Inhaber des neuen Lokals erzählt er nun verschiedene Räubergeschichten und pumpst ihn schließlich an unter dem Vorbehalt, das Geld werde am andern Tage aus der Vereinskasse zurückgezahlt. Dieser Schwindel ist in zahlreichen Fällen gegolten, weshalb hiermit vor dem etwa 28 Jahre alten Gauner gewarnt sei.

Totgequetscht.

Im Dienste tödlich verunglückt ist gestern Morgen der 38 Jahre alte Wagenwäscher Paul Hagedorn aus der Cauerstraße 2 zu Charlottenburg. Der unverheiratete Mann war seit einem halben Jahre auf dem Straßenbahnhof VII in der Adersfr. 3/4 beschäftigt. Bei dem Versuch vom Tor zum Wagenschuppen auf die borderte Plattform hinaufzukommen, wurde Hagedorn zwischen Pfeiler und Wagen so stark gequetscht, daß er befimmungslos hinfiel und liegen blieb. Man brachte den Verunglückten nach der Hofstraße in der Lotzinger Straße. Dort starb er schon kurz nach Einlieferung, wie die Ärzte feststellten, an den Folgen schwerer Brustquetschungen. Im Verkehr des Potsdamer Platzes verunglückte gestern Vormittag gegen 8 1/2 Uhr der 46 Jahre alte Gärtner Gustav Reumann aus der Hohenberger Straße zu Weißensee. Beim Ueberschreiten des Platzes wurde er von einem Straßenbahnwagen der Linie 72 umgestoßen und so festig zu Boden geschleudert, daß er befimmungslos liegen blieb. In der Charité, wo man eine Gehirnerschütterung und Hautabschürfungen feststellte, kam der Verunglückte bald wieder zu sich. Zur weiteren Behandlung mußte er nach der Nervenklinik gebracht werden.

Neuwahlabschluß. Im Ortspolizeibezirk Berlin können die offenen Verkaufsstellen vom 16. bis 19. und am 22. und 23. Dezember bis abends 9 Uhr geöffnet bleiben.

Ein menschliches Gelekt wurde gestern Vormittag bei den Ausschachtungsarbeiten im Universitätsgarten gefunden. Es muß lange da gelegen haben. Die Polizei berichtet sich den Kopf über den Hund, ob möglicherweise ein Verbrechen vorliegt.

Die Leiche des Buchdruckers Walter Bernhardt wurde gestern am Holzseiner Ufer gefunden. Es liegt Selbstmord vor. — Ein grauer Hund machte am Sonntagabend um 6 Uhr in einem Klotzraum am Treppenflur des Hauses Weberstr. 41. Dort lag die Leiche eines neugeborenen Knaben, die in weiße Leinwandstreifen eingewickelt war.

Arbeiter-Bildungsschule. Die letzte Stunde des Literaturfests, die in der vorigen Woche wegen des Jahrsabends nicht





